

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bezugsgeld vierteljährlich 14,00 fl.
monatl. 4,80 fl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 fl. Bei
Postbezug vierteljährl. 16,18 fl., monatl. 5,39 fl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 fl.
Danzig 3 fl. Deutschland 2,50 fl. M. — Einzelnummer 25 fl. Dienstag und
Sonntags-Nummer 30 fl. Bei höherem Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Be-
zieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einfache Millimeterzeile 15 Groschen, die einfal-
tige Reklamezeile 125 Groschen. Danzig 10 fl. 80 fl. Pf.
Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Plat-
zvorricht und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postleitzahlen: Breslau 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 259.

Bromberg, Dienstag den 10. November 1931.

55. Jahrg.

Ist Frankreich glücklich?

Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß Frankreich hente ein wahres Paradies in finanzieller Hinsicht darstelle. Sein angehäuftes Gold, so glaubt man, erlaube ihm alles. Mit restlosem Reichtum sieht die Welt auf Paris. Man sieht die glänzende Fassade, den verhältnismäßigen Wohlstand der Bevölkerung, die rauhenden Fabrikshallen. Man sieht aber nicht den Wurm im Gebäck, man hört nicht das Knistern im finanziellen Gefüge der französischen Wirtschaft, die ganz auf dem Goldwahn aufgebaut ist. Der nationalsozialistische Berliner „Angriß“ betrachtet Frankreichs Glück mit etwas skeptischen Augen und schreibt u. a.:

Ein französischer Bankier nannte lebhaft in einem Gespräch mit Ausländern die Stimmung in Paris, in ganz Frankreich, eine „Panik“. Man weiß, was unter diesem Börsenausdruck zu verstehen ist: heilose Beunruhigung aller Kapitalbesitzer, eine Sucht, möglichst unerträgliche Werte in die Hand zu bekommen. Der französische Spießbürger fühlt sich nur dann wohl, wenn er sein Geld, oder wenigstens den beanspruchten Teil davon, in barem Gold auf den Tisch zählen kann. Nun werden neuerdings in Frankreich die Zwanzig-Frank-Stücke, die für uns längst sagenhaft gewordenen „Goldstücke“, aus dem Verkehr gezogen. Der französische Rentner begann also vor einiger Zeit ungemeiniges Gold von der Bank von Frankreich zu kaufen und in den Geldschrank zu legen. Bis Mitte Oktober sind der Bank von Frankreich auf diese Weise mehrere hundert Millionen Franken Wert in Goldbarren entzogen worden.

Die Ursache dieser „Panik“ ist vor allem in dem Sturz des englischen Pfundes zu sehen. Er hat den französischen Banken mindestens 5 Milliarden Franks gekostet. In ihrer Verblendung hat die französische Regierung dazu noch das Misstrauen in den Dollar gefördert. Die Bank von Frankreich ist bemüht, ihre Dollarwerte in Höhe von 400 Millionen Dollar abzustossen. Das Publikum folgt ihrem Beispiel. Es ist begreiflich, daß in einer solchen Panikstimmung die Lust, Geld ins Ausland zu leihen, fast verschwunden ist.

Anleihen sind denn auch gegenwärtig in Paris nicht mehr aufzulegen!

Die französische Regierung hatte bekanntlich Jugoslawien versprochen, ihm den Ausfall der deutschen Reparationszahlungen in Höhe von 16 Millionen Dollar durch eine Anleihe zu ersparen. Diese Anleihe — eine für französische Verhältnisse geringe Summe — war bei den Pariser Banken nicht aufzutreiben! Sie mußte aus dem Staatskassa abgegeben werden. Auch die Warenkredite an Sovjetrussland werden von den französischen Banken nicht mehr finanziert. Es ist überhaupt unmöglich, gegenwärtig in Frankreich irgendwelche Kredite zu erlangen, von langfristigen Darlehen an das Ausland gar nicht zu reden. Auch ausländische Wechsel werden von den französischen Banken nicht angenommen.

Die natürliche Folge dieses Mangels an „Geschäft“ ist, daß eine Reihe angesehener französischer Banken in Schwierigkeiten geraten sind.

Alle Banken müssen fortwährend größte Varmittel abrufbereit halten, da jeden Tag große Nachfragen der Einleger zu befürchten sind. So hält der „Credit Lyonnais“ seine ganzen Guthaben bei der Bank von Frankreich ständig abrufbereit. Einige große Banken müssen bereits sanktioniert werden. So die „Banque Nationale“.

Auch dem Hause Rothschild geht es nicht gut. Die Wiener Rothschilds haben bekanntlich beim Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt und auch in österreichischen Industrien in der letzten Zeit schwerste Verluste erlitten. In Frankreich werden die Verluste der Rothschilds in diesem Jahre auf etwa eine Milliarde Franken geschätzt. Nun ist auch die von den Rothschilds kontrollierte „Banque de l'Union Parisienne“ in Schwierigkeiten.

So seltsam es klingen mag:

Frankreich braucht augenblicklich Ruhe.

Es ist bemüht, in den Völkern des nahen Ostens möglichst beruhigend zu wirken und nimmt dabei auch Persönlichkeiten in Kauf, die es in der ersten Jahreshälfte noch befürchtet hatte. Frankreich sucht jetzt mehr denn je „Sicherheit“ — vor der Hand aber vor allem für seine ausgeliehenen Gelder. Alle Pläne, Ungarn und die Habsburger betreffend, sind zurückgestellt worden. Man hat kein Interesse mehr für solche Unternehmungen und Abenteuer. Nach wie vor ist das zuerst wirtschaftlich, dann politisch gedachte Ziel in Mitteleuropa aber die bekannte „Donausöderation“.

Man sieht: Frankreichs Politik hat keine neuen Ideen mehr.

Angstlich klammert sich das Rentnervolk an sein Geld, an seinen Besitz. Draußen in der Welt mögen ungeheure Veränderungen vor sich gehen, mögen Revolutionen und Umschmelzungen stattfinden, mögen gewaltige Bewegungen aufwachsen, — all das kümmert den französischen Bourgeois nicht. „Ich liege und besitze“ ist die Lösung. So herrscht eine Hand voll Spießbürger mit verkalkten, mecha-

nisch funktionierenden Hirnen die weiße Menschheit und einen großen Teil der farbigen dazu. Das großspurige „Siegervolk“ unter der Trikolore sieht nur noch sein Gold, aber es geht daran zu grunde — trotz einer äußerlich noch intakten Wirtschaft.

Ein Sozialdemokrat sagte neulich im Rundfunk: das gesunde deutsche Volk müsse das blutleere Frankreich mit seiner Kraft erfüllen und ihm helfen beim Aufbau Europas. Man kann sich nichts Wahnsinnigeres denken, wenn man die oben mitgeteilten Zahlen und Geschäft überdenkt. Hier läuft ein Denken hilflos im Kreise: das westliche Denken. Es ist zum Tode verurteilt. Keine Macht kann ihm helfen. Er reißt die Völker mit in den Tod, die ihm verfallen.

Painlevé in Berlin.

Berlin, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der frühere französische Ministerpräsident Painlevé ist am Sonnabend früh zu einem zweitägigen Besuch in Berlin eingetroffen und im Hotel Adlon abgestiegen. Painlevé wurde auf dem Bahnhof von dem französischen Botschafter François Ponce und Angehörigen der Botschaft begrüßt.

Autonomie-Borßow im Elsaß.

Es fehlte nur eine Stimme!

Der Umstand, daß in Straßburg und im ganzen Elsaß bei den jüngsten Kantonalwahlen die Katholische Volkspartei zusammen mit den Autonomisten die Majorität gewann, führte am vergangenen Freitag in der Generalratswahl in Straßburg zu einem bemerkenswerten Zwischenfall. Ein autonomistischer Antrag, der dahin ging, daß sich Elsaß-Lothringen autonom erklären sollte, wurde mit 17 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Auch der Präsident des Generalrats, der autonomistische Deputierte Michael Walter, hatte für diesen Antrag gestimmt.

Der Präfekt erhob daher gegen den Antrag Einspruch, und zwar mit der Begründung, daß sich der Generalrat nicht mit Fragen zu beschäftigen habe, die die verfassungsrechtliche Organisation Frankreichs ausspielen. Angenommen wurde ein Antrag, der die rasche Amnestie zugunsten der im Kollmarer Autonomieprozeß Verurteilten und eine allgemeine Amnestie für politische Vergehen fordert.

Wie weiter aus Straßburg gemeldet wird, hat der Staatsrat am gleichen Tage die Generalratsmandate der autonomistischen Führer Ricklin und Rossé, die sie auf Grund der Wahl vom 2. Juni 1929 erhalten hatten, für ungültig erklärt. Die Ungültigkeitserklärung der beiden Mandate erfolgte auf Grund der Beteiligung der beiden am Kollmarer Autonomieprozeß, in dem sie bekanntlich zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt worden sind. Wegen dieser Verurteilung sind die beiden vom Staatsrat als unwählbar erklärt worden. Infolgedessen müssen Neuwahlen stattfinden.

Versailles

ein verunglückter Start
zum Weltfrieden!

In seiner Rede vor dem Partei-Ausschuß des Zentrums, auf die wir bereits kurz eingegangen sind, soweit sie sich mit der deutschen Parteipolitik und ihren Koalitionsmöglichkeiten beschäftigte, ging Prälat Dr. Kaas auch auf die brennendsten außenpolitischen Fragen ein, wobei er u. a. erklärte:

„Langsam, langsam hebt sich der Vorhang zu Verhandlungen, die meiner festen Überzeugung nach entscheidungsvoller sein können als alles, was seit Versailles an den Tischen der Diplomaten verhandelt wurde. Wenn etwas heute die internationale Szene beherrscht, in einem Maße, wie man es vor verhältnismäßig kurzer Zeit in manchen Kreisen noch nicht gehofft und erwartet hatte, dann ist es die Einsicht in die Tatsache, daß Versailles doch tatsächlich ein verhängnisvoller, ein verunglückter Start zum sogenannten Weltfrieden gewesen ist. Früher sind wir es allein gewesen, die diese Einsicht predigten und verteidigten. Vor wenigen Wochen ist dieses von Neapel und von Washington aus dem Mund Mussolinis und des Senators Vorah mit einer Stärke der inneren Überzeugtheit ausgesprochen worden, wie wir es von deutscher Seite nur ausgesprochen wünschen können. Wir nähern uns langsam dem Augenblick, wo der innere Konsens der sogenannten Friedensverträge durch einen drastischen Anschauungsunterricht auch solchen greifbar wird, die sich bisher — sei es aus Unverständnis, sei es aus Gegeninteressiertheit — dagegen gesträubt haben. Wir sind heute so weit, daß gewisse Fragen, die deutsche Schicksalsfragen sind, weil sie über Leben und Tod, über Hungern oder Gesättigung von Millionen entscheiden, in Gang gekommen sind. Wenn keine Wunder geschehen, werden wir es nie erreichen, daß zwischen unseren Erwartungen und dem Tempo der außenpolitischen Entwicklung eine vollständige Harmonie entsteht.“

Aber die Fortschritte dieser letzten Monate sind doch nicht zu verkennen,

„Gerade weil das deutsche Volk in dem letzten Jahre einen Opfergang gegangen ist, wie vielleicht kein anderer auf der Erde; gerade weil die Reichsregierung in diesem letzten Jahre im eigenen Hause Ordnung zu schaffen suchte, wie es nie zuvor geschehen ist; gerade weil die deutsche Wirtschaft und Finanzpolitik sich heute einer Offenheit, einer Wahrhaftigkeit befleißigen, die rühmlich sind; gerade deshalb haben wir heute auch einen moralischen Anspruch darauf, vor das Ausland hinzutreten und die Erwartung auszusprechen, daß das Tempo der Staatsmänner nicht in einen großen Abstand hineingerät zu dem Tempo, in welchem die apokalyptischen Reiter der Not über Deutschland, über Europa und die ganze Kulturlandschaft dahinrasen.“

„Wir haben lange gewartet, es ist unendliche Zeit ungenutzt dahingegangen. Was soll geschehen, wenn noch weitere Monate, wenn noch ein weiteres Jahr dahingehen soll, ohne daß wir endlich wenigstens an der Pforte zu Totallösungen stehen, die den Völkern die Möglichkeit geben, zu glauben an ihre Zukunft, zu hoffen auf ihren Aufstieg und dadurch die innere Kraft zu bekommen für diejenigen Entscheidungen, die die internationale Zusammenarbeit von jedem einzelnen fordert.“

Es genügt nicht, daß die Staatsmänner reisen.

Es muß am Ende dieser Reisen — nicht jeder Reise, aber im ganzen gesehen — schließlich auch einmal ein Ergebnis stehen, das den Völkern zeigt, daß die Seitenwende auch in den Köpfen der Diplomaten eine Geisteswende geworden ist.

„Wenn man „leimendes Leben“ sonst schon nicht antasten soll, dann erst recht nicht auf dem Gebiete der Politik, und erst recht nicht auf dem Gebiet der Außenpolitik. Ich würde sonst versucht sein, Kritik zu üben, vielleicht sogar scharfe und weitgehende Kritik an den Ergebnissen, die sich auf Grund der bisherigen Zeitungsmeldungen über die Auswirkungen der Laval-Reise nach Washington feststellen lassen. Ich widerstehe dieser Versuchung.“

Aber ermutigend ist dieser erste Anstalt nicht, und ich hoffe, daß die Schwierigkeiten, die sich für die Przedekt der reparationspolitischen Auseinandersetzungen zu ergeben beginnen, sich über kurz oder lang klären. Ich hoffe, daß der Anschauungsunterricht der Weltnot und der Weltkrise stark genug sein wird, um Paragraphen-Bedenken beiseite zu schieben und die Staatsmänner erkennen zu lassen, daß sie nicht nur dem deutschen Volke, sondern auch ihren Völkern in der Gesamtheit in kürzester Frist ganze und endgültige Lösungen schuldig sind.“

Grandis Amerikareise.

Wie aus Rom gemeldet wird, empfing Mussolini am Freitag im Palazzo Venezia den Außenminister Grandi, mit dem er sich längere Zeit über den bevorstehenden Besuch in Washington unterhielt. Grandi hat sich am Sonnabend von Neapel aus auf dem „Conte Grande“ nach Amerika begeben.

Den bevorstehenden Besuch Grandis in den Vereinigten Staaten begrüßt das „Giornale d'Italia“ als eine Bestätigung der friedenspolitischen italienisch-amerikanischen Zusammenarbeit. Das Aufeinanderfolgen der Besuche Laval's und Grandis beleuchtet die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, die Italien als erstes europäisches Land verlangt habe. In Washington werde Grandi die europäisch-amerikanische Unterredung fortführen. Die Stellung, die Italien mit seiner gesunden Wahrheit und seiner unabhängigen Finanzwirtschaft einnehme, gestatte der Italienischen Regierung volle Aktionsfreiheit. Mussolini mache davon in weitsichtiger Weise Gebrauch. In den letzten Jahren hätten sich dabei immer wieder Übereinstimmungen mit den Richtlinien der Washingtoner Regierung und einiger der hervorragendsten nordamerikanischen Politiker ergeben. Es sei in diesem Zusammenhang an die einzigartige, zeitliche und geistige Übereinstimmung zwischen den Worten Mussolinis in Neapel und den klaren Worten des Senators Vorah, eines der hervorragendsten amerikanischen Beobachters der Außenpolitik, erinnert. Grandi werde in Washington Gelegenheit haben, die Ansicht Mussolinis über die großen internationalen Fragen darzulegen und den Standpunkt der Vereinigten Staaten kennen zu lernen. Italien und Amerika hätten untereinander keine besonderen Fragen zu lösen und könnten sich daher den großen Fragen widmen, die mit der Abrüstung und den zwischenstaatlichen finanziellen Verpflichtungen zusammenhingen.

Berminderung des amerikanischen Heereshaushalts.

New York, 8. November. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Mitteilungen des Staatssekretärs Herley ist der Haushalt des amerikanischen Kriegsministeriums für 1932/33 gegenüber dem laufenden Haushalte des Kriegsministeriums um rund 44 Millionen Dollar geschränkt worden.

Schließung der Warschauer Universität.

Der Sejm verurteilt die antisemitischen Ausschreitungen.

Die von der Stoßtruppe der Endecja eingeleitete Hetze gegen die akademische jüdische Jugend, welche zunächst die Einstellung des Lehrbetriebs in der Universität, auf dem Polytechnikum und in der Handelshochschule, sodann auch bei den anderen Hochschulen in Warschau bewirkte, nötigte die Regierung und den Sejm zu einer Stellungnahme. Während der Budgetaussprache am Sonnabend fanden die antisemitischen Ausschreitungen eine ausgiebige Behandlung und wurden von der Sejmehrheit entschieden verurteilt.

Zuerst ergriff in dieser Sache der Vertreter des Jüdischen Klubs, Abg. Rotenreich, das Wort und führte u. a. aus: „Seit einiger Zeit betreiben gewisse Blätter eine antisemitische Politik, rufen zur Verdrängung der Juden aus allen Stellungen und zur rücksichtslosen Anwendung aller Mittel gegen die jüdische Bevölkerung auf. Vor einigen Wochen erschienen an den Mauern beinahe aller Städte Aufzüge, welche darauf hinwiesen, daß . . . die Juden die Ursache der Arbeitslosigkeit wären und die Weisung gaben, jeden, der dies bestreiten wollte, ins Gesicht zu schlagen. Wir haben also erfahren, daß es ein neues Mittel zur Lösung der Weltkrise gibt. Schade, daß diese hervorragenden Kenner der Volkswirtschaft ihre Ratschläge nicht ins Ausland exportieren. Bisher haben gewisse Gruppen und Parteien in Polen unausgesetzt auf die Deutschen, als Urheber alles europäischen Übels und Unglücks hingewiesen.“

„Die Universität — so führte Abg. Rotenreich weiter aus — ist exterritorial, d. h. die Polizei hat dort keinen Zutritt; doch nur so lange, als dem Leben der Studenten keine Gefahr droht. Wenn aber anstatt des Unterrichts der Ruf: Schlagt die Juden! ertönt, wenn das Lernen unmöglich gemacht wird, dann kann die Universität nicht als exterritorial betrachtet werden. Die studentische Jugend, die nicht nur hegt, sondern auch Überfälle veranstaltet, misshandelt und schlägt, kann nicht über dem Gesetz stehen. Wir haben das Recht, von der Regierung zu verlangen, daß sie den Überfällen der nationaldemokratischen Jugend nicht passiv auschaut. Wenn man wehrlose jüdische Studenten schlägt, wenn in der Universitätshalle Blut fließt, so war es die Pflicht der Regierung, die Schuldigen exemplarisch zu bestrafen, damit sich derartige Vorfälle nicht ereignen. Man darf die Gesundheit und das Leben der Studenten nicht einem Rektor anvertrauen, der als Hausherr der Universität die Argernis erregenden Tumulte und Schlägereien zugelassen hat.“

Mögen die endekischen Führer nicht glauben, daß die jüdische Bevölkerung ruhig zusehen wird, wenn man die jüdische Jugend schlägt. Es gibt keine Wirtsvölker und die Anderen — es gibt nur Staatsbürger. Wer die Rechte der Staatsbürger verletzt, verletzt die Grundlagen des Staates. Die „Gazeta Warszawska“ schrieb, daß sie ihrer Jugend einen baldigen und völligen Sieg wünsche. Mit dieser Erklärung hat sich die Endecja selber moralisch abgeurteilt.

Nach der Rede des Abg. Rotenreich betrat der Innenminister Pieracki die Tribüne und gab folgende Erklärung ab:

„Hohe Kammer! Im Zusammenhange mit der Erklärung des Abg. Rotenreich erkläre ich:“

„Es sind wirklich in den letzten Tagen in Warschau bedauernswerte Ausschreitungen eines Teiles der Jugend gegen Staatsbürger jüdischer Nationalität vorgekommen. Man kann mit der Verantwortung für sie mehrere ganze akademische Jugend, noch die polnische Volksgemeinschaft belasten, die von der Billigung derartiger strafwürdiger Exzesse weit entfernt ist. Es ist dies bloß die Aktion einer Gruppe, welche sich unter dem ungesunden Einfluß wühlerischer Parteifaktoren befindet, auf welche die ganze Verantwortung für das Auftreten fällt, welches für die Kultur und die Traditionen der polnischen Nation entehrend ist.“

„Wenn es sich um die Haltung der Regierung handelt, so hat sie darin Ausdruck gefunden, daß in diesem Falle, wie in allen ähnlichen, die mir unterstehenden Behörden alles getan haben, was ihre Pflicht gebot und in ihrer Macht war, um die Sicherheit der Bürger sicherzustellen und die strafwürdigen Exzesse zu unterdrücken. Die Sicherheitsbehörden waren jedoch angesichts der bestehenden Autonomie der Hochschulen solange gebunden, als die Ereignisse sich auf dem Universitätsterrain abspielten. In dem Augenblick, als sie sich nach außen verbreiteten, wurden sie sofort und mit aller Energie unterdrückt, wobei ein Dutzend Personen, welche der aktiven Teilnahme verdächtig waren, angehalten wurden, um sie zur Verantwortung zu ziehen.“

„Die Universitätsbehörden haben ihrerseits entsprechende Schritte getan, indem sie die Einstellung der Vorlesungen angeordnet und eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet haben. Heute wurden auch die Vorlesungen in der Handelshochschule eingestellt.“

„Die Regierung ist entschlossen, alle eventuellen Versuche einer Wiederholung der Ausschreitungen mit aller Rücksichtslosigkeit zu erwidern, wenn das Gefühl für Recht und Würde und das Wohl des Staates die Jugend nicht davon abhalten sollte, der unzurechnungsfähigen Agitation Folge zu leisten.“

Darauf ergriff der Vertreter des Nationalen Klubs, der junge Abg. Stypulkowski das Wort zu folgenden Ausführungen: „Die Rede des Abg. Rotenreich und die Erklärung des Innenministers waren . . . vom Jüdischen Klub bestellt. (Lärm auf den Bänken des BB-Klubs. Zuruf: „Schmeißt den Robben hinaus!“)

Abg. Stypulkowski fortlaufend: Ich betrachte diesen Zuruf nicht als Beleidigung. Der Herr Minister hatte eine aufgeschriebene Rede als Antwort auf die Rede des Abg. Rotenreich. (Abg. Polakiewicz: Aber nicht bestellt!)

Abg. Stypulkowski: „In Krakau, wo diese Ereignisse ihren Anfang genommen haben und von wo sie sich auf andere Städte übertrugen, war der unmittelbare Anlaß: die Verprüfung eines polnischen Studenten durch einen jüdischen Standarten. (Lärm im Saale. Stimmen: das ist nicht wahr! Lügen! Unverschämtheit!) Die Reaktion ist hervorgerufen worden durch die Demolierung des Lokals der studentischen Organisation „Bruderkilfe“ durch die Juden, welche in ihrer Unterschämtheit soweit gingen (Lärm und verschiedene Zurufe), daß sie in der polnischen Universität die Embleme der „Bruderkilfe“ von den Bänken herunterriß.“

(Der Sejm in Marschall: Herr Abgeordneter, sprechen Sie als Abgeordneter oder als Vertreter der Jugend?)

Abg. Stypulkowski: . . . Die Entzitterung der polnischen Jugend hat tiefere Ursachen und das sind: die Verteilung der Plätze auf den Hochschulen und die Lieferung von Leichen an . . . Wir werden uns niemals mit dem privilegierten Anteil der Juden an der Benutzung der polnischen Hochschulen einverstanden erklären. Die Forderungen der polnischen Jugend sind berechtigt und wir wünschen der akademischen Jugend in diesem Kampf einen baldigen und vollständigen Sieg.“

Als letzter sprach der Vertreter des Regierungsklubs Abg. Miedziński. Er sagte u. a.: „Die ganze Kammer weiß genau, wie sie das unmittelbare vorher erfolgte Auftreten eines der Abgeordneten des Nationalen Klubs zu behandeln hat, der sich die Verwegtheit erlaubt hat, seine Ansichten im Namen der polnischen Nation oder der polnischen Jugend zu äußern. Es ist dies eine Verwegtheit, welche man im Privatleben mit dem Worte Arroganz bezeichnet. (Langandauernder und starker Beifall auf den BB-Bänken.) Eine unerhörte, nie dagewesene Arroganz!“

„Es gibt niemanden in diesem Saale, der es zu bestreiten wagte, daß die Ausschreitungen der letzten Tage dem Renommé der Nation und des Staates schädlich sind, und auch Sie (at den Endekern gewandt) werden den Mut dazu nicht aufbringen; doch mittelbar erdringen Sie sich, hier in einer Weise aufzutreten, die ermutigt und anwiegelt. Sie können doch nicht lengnen, daß Sie die Urheber der beschämenden, strafwürdigen, ekelregenden Vorfälle sind, welche Platz gegriffen haben. Sie sind die Urheber und Sie billigen sie.“

Dann sagte Abg. Miedziński noch den Nationaldemokraten: „Sie rühmen sich oft dessen, daß Ihre Zukunft die Jugend sei, auf deren Schultern Sie zur Macht gelangen werden. Sie wollen in diese Zukunft hineingehen mit Hilfe der ekelhaftesten Demagogie, die Sie den jungen Seelen einimpfen. Für eure Zwecke scheint ihr euch nicht einmal, in den von euren höchsten Führern geschriebenen Büchern die Pietät für die Aufstände zu schänden.“

Hier verwies Abg. Miedziński auf das stark beanstandete Buch Domowksi, wo ein Gespräch zweier Juden, eines Vaters und seines Sohnes, vorgeführt wird, und wo der Vater sagt, daß der Aufstand im Jahre 1863 ein zum Verderben Polens berechnetes Werk der Juden war. „Das ist natürlich Unsinn, aber für die heiligsten Erinnerungen der Nation heileidigend. Die Endeken stellen die Aufständischen als Dummköpfe dar, weil das „ihrer niedrigen, gemeinen Demagogie dienlich ist.“

„Stroński — fuhr der Redner fort — fordert uns immerwährend auf, dem Rechnung zu tragen, was das Ausland über Polen denkt. Aber was wird man dort nach euren Spektakeln von der hier herrschenden Kultur sagen? Sie hätten hier Dinge, die ein offenkundiges Verbrechen sind, verurteilen können. Sie haben einen anderen Weg gewählt: sie bekennen sich zu Dingen, für welche auf der ganzen Welt nur die Hefe der Gesellschaft und nicht Politiker die Verantwortung übernehmen können.“

Studentenverhaftungen in Warschau.

Wie der „Kurier Poranny“ erfährt, wurden im Laufe des gestrigen Tages im Zusammenhang mit den antisemitischen Exzessen insgesamt 180 Personen verhaftet. Während die Polizei die Studenten auseinandertrieb, wurden sechs Polizisten von der Menge arg verprügelt; einer von ihnen wurde schwer verletzt. Vor dem Copernicus-Denkmal wurden in dem Augenblick, als Ministerpräsident Prystor im Auto zum Sejmgebäude fuhr, von einer größeren Studentengruppe staatsfeindliche Rufe laut. Die Polizei trieb die Gruppe unverzüglich auseinander, wobei fünf widerspenstige Studenten verhaftet wurden.

Im Zusammenhang mit den letzten Exzessen ist jetzt nach der Krakauer Universität, die man inzwischen wieder eröffnet hat, auch die Warschauer Universität bis auf weiteres geschlossen worden.

Die Novelle zum Mieterschutzgesetz.

Keine Exmission aus Ein- und Zweizimmer-Wohnungen im Winter.

Wie bereits mitgeteilt, hat der Sejm die Novelle zum Mieterschutzgesetz verabschiedet. Der Gesetzentwurf ist bereits dem Senat zugegangen und wird dort voraussichtlich in diesen Tagen gleichfalls verabschiedet werden. Es handelt sich bei dieser Novelle um die vorübergehende Aufhebung des Rechts der Exmission bei Ein- und Zweizimmerwohnungen in der Winterszeit, d. h. vom 1. November bis zum 31. März, und lediglich in dem Falle, daß die Exmission beantragt ist auf Grund rücksichtiger Miete. Ausgenommen sind staatliche Gebäude, wenn sie für Bureauzwecke bestimmt sind. Die Exmission darf nur dann nicht eintreten, wenn der zu Exmitternde sich tatsächlich in kritischer Lage befindet. Das Recht, nicht exmittiert zu werden, kommt denjenigen Mietern nicht zu, die an denselben drei noch eine andere Wohnung haben.

Von oppositioneller Seite ist gegen diese Art der Erlösung der Frage zum Teil mit guten Gründen Einspruch erhoben worden. So führte u. a. der Abg. Osada aus:

„Was das Verbot der Exmission im Winter anlangt, so wird wohl niemand diesen Leuten zu nahe treten wollen. Aber die Fürsorge um sie wird man nicht allein auf die finanziell ruinierten Besitzer von Klein-Häusern abwälzen können. Der Schnuhmacher braucht für diese Leute nicht umsonst Stiefel zu machen, auch der Bäcker braucht ihnen kein Brot umsonst zu geben. Aber der Hauswirt, der muß ihnen Wohnung geben, obgleich er selbst in übler Lage ist. Die Novelle wird die Wirkung haben, daß im Winter niemand Miete zahlen wird, weil er weiß, daß man ihn nicht exmittieren darf.“

Der Redner ist der Ansicht, daß auch die ganz Armen etwas zahlen müßten; es brauchte dies nicht einmal in barem Elde zu geschehen, sondern z. B. durch Bonus, mit denen man später vielleicht die Steuern bezahlen könnte. Der Redner polemisiert gegen die Ausführungen eines

anderen Redners, der gesagt hatte, daß die Hausbesitzer durch die Aufwertungs-Verordnung sich ihrer Schulden entledigt hätten. In Polen beträgt gegenwärtig die Miete 58 Prozent der Vorriegsmiete, und die Rentabilität der Häuser beträgt 1% Prozent. Der Redner beantragt, die Zeit dieses Gesetzes auf zwei Jahre festzusetzen; außerdem müßte die Exmission zulässig sein, wenn der Mieter Einkommensteuer bezahlt oder einen Untermieter hat.“ Die Anträge wurden abgelehnt.

Schlange-Schöning

Ostkommissar und Reichsminister.

WDB meldet amtlich:

Der Reichspräsident hat den Reichsminister Treviranus und den preußischen Staatsminister Dr. h. c. Hirschfeld ihrem Antrag entsprechend von den Ämtern als Ostkommissare für die Oststelle entbunden.

Auf Vorschlag des Reichskanzlers hat der Reichspräsident das Mitglied des Reichstags, Rittergutsbesitzer Dr. h. c. Schlange, zum Reichskommissar für die Oststelle und zugleich zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt.

Hans Schlange-Schöning ist 1886 auf Gut Schönigen bei Stettin geboren. Er war zunächst aktiver Offizier und widmete sich dann praktischen und theoretischen landwirtschaftlichen Studien. Von 1914 bis 1918 stand er an der Front. Schlange hat sich seitdem als Landwirt in theoretischer wie in praktischer Beziehung einen Namen gemacht. Die Arbeiten Schlanges wurden durch die Verleihung des landwirtschaftlichen Ehrendoktors, des Silbernen Ehrenschildes für Verdienste um die Landwirtschaft ausgezeichnet. Seine parlamentarische Laufbahn begann er 1921 als preußischer Landtagsabgeordneter (bis 1928), seit 1924 gehört er dem Reichstag an. Der neue Reichsminister war zunächst ein führendes Mitglied der Deutschen Nationalen Volkspartei und Vorsitzender ihres pommerschen Provinzialverbands. Bei der bekannten Parteipaltung ging Schlange-Schöning zur Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkspartei über, die er jetzt auch im Reichstag vertritt. Bei der Abstimmung über das lezte Misstrauensvotum gegen das Kabinett Brüning stimmte die Landvolkspartei, nicht aber ihr Abg. Schlange, gegen die Regierung.

Otto Klepper

Preußischer Finanzminister.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

Der preußische Ministerpräsident Dr. Braun hat auf Grund des Artikels 45 der preußischen Verfassung den Präsidenten der Preußischen Centralgenossenschafts-Kasse (Preußenkasse), Otto Klepper, zum Finanzminister ernannt.

Der Demokratische Zeitungsdienst beschwert sich bitter über „engstirnte parteipolitische Quertriebvereine gegen Höpker-Aschoff“, deren, wie er sagt, vorübergehenden Erfolg leider bezweifeln lassen, ob dabei die staatspolitischen Interessen am besten gewahrt worden wären. Er behauptet, Höpker-Aschoff wäre zu einer Aussprache mit Ministerpräsident Braun, der mit diesem wieder Führung genommen hätte, am Sonnabend morgen in Berlin eingetroffen. Die Aussprache hätte aber nicht stattgefunden, sondern in den Mittagsstunden wäre die Ernennung Kleppers erfolgt. An Klepper wäre überhaupt nicht mehr gedacht gewesen, man hätte vielmehr, falls man sich mit Höpker nicht einigen könnte, an Dr. Weber, früheren Staatssekretär im Preußischen Finanzministerium, gedacht. Zentrum und Sozialdemokratie hätten gegen Höpker-Aschoff Stellung genommen. Schon ehe Höpker-Aschoff zurückgetreten war, hätte die sozialdemokratische Landtagsfraktion bei Klepper sondiert, ob er das Finanzministerium übernehmen würde.

Wittelsbach.

Der zehnte Jahrestag der Beisetzung des letzten bayrischen Königs Ludwig III. hat in ganz Bayern zu wiederholten Kundgebungen der Trauer und der Ahnlichkeit geführt. Die bayrischen Zeitungen veröffentlichten darauf folgendes Dankesreden des Kronprinzen Rupprecht:

Aus Anlaß der zehnten Wiederkehr des Todestages meines hochseligen Herrn Vaters und der Beisetzung meiner unvergesslichen Eltern sind mir aus allen Teilen Bayerns Kundgebungen teilnehmender Freunde zugegangen, und wie in der Landeshauptstadt, so wurde des heimgegangenen Königs allenthalben in Bayern bis in das letzte Dorf in kirchlicher und weltlicher Feier gedacht.

Diese Kundgebungen haben mich nicht nur durch die Freude und Ahnlichkeit bewegt, deren Zeugnis sie waren, sondern ich erblicke in ihnen auch den Beweis des zähen Festhaltens am Gedanken jenes glücklichen Bayerns, das zu schaffen der einzige Ehrgeiz meiner Väter war.

Als Erbe des Verewigten, seiner Freude und Pflichten, danke ich seinem Volke für die Freude, die so ergreifenden Ausdruck fand.

Der politische Sinn dieser Dankes-Kundgebung ist nicht zu verkennen.

Zamora wird Präsident.

Aus Madrid wird gemeldet:

Die Regierung Asturias hat dem früheren Ministerpräsidenten Alcalá Zamora, der wegen der kirchfeindlichen Verfassungsatikel zurücktrat, die Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik angeboten. Zamora hat, wie man hört, die Kandidatur angenommen. Seine Wahl ist von vornherein gesichert. In den Verhandlungen mit dem Kabinett hat Zamora auf die Einbringung verfassungsändernder Anträge während der Verfassungsberatung verzichtet; doch wird er zweifellos später seine angekündigte Aktion zur Abänderung der kirchfeindlichen Paragraphen aufnehmen.

Eine weitere ehrenvolle Auszeichnung der Pianofabrik B. Sommerfeld, Bydgoszcz: Nachdem das staatliche Musikconservatorium in Katowice mit den vor 2 Jahren gekauften Sommerfeld-Pianos außerordentlich zufriedengestellt wurde, hat jetzt auch das staatliche Musikconservatorium in Poznań eine größere Anzahl dieser bekannten Pianos gekauft, was ein weiterer Beweis der vorzülichen Güte und Preiswürdigkeit dieses Landesfabrikates ist. (10327)

Nibelungenland

Von Welten braust der Sturm, der Regen fällt,
Die grüne Wiese ward zum grauen See —
Das ist des Nordens wilde, trübe Welt,
Die weiß noch nichts von Menschenlust und -weh.

Auf glattem Damme schreit' ich fest einher
Und schaue auf die Flut, die wogt und wallt.
Dort auf die Heimat sinkt der Nebel schwer,
Und Haus und Baum verlieren die Gestalt.

Sturmrausend, nebelwogend auch mein Sinn —
Ja, das ist Leben, das ist ganzes Sein.
Jetzt weiß ich, daß ich noch der alte bin,
Noch nicht verkümmert, krank und schwach und klein.

Und trostig harr' ich auf dem mächt'gen Damm,
Bis mir das Bild der Heimat ganz entchwand. —
Ich fühl's, ich bin vom Nibelungenstamm,
Und rings um mich ist Nibelungenland.

Adolf Bartels

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angesichert.

Bromberg, 9. November.

Wetterbericht

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet meist heiteres Wetter bei wenig veränderten Temperaturen an.

Rund um die Volkszählung.

Zählkommissare gesucht.

Der Stadtpräsident bittet uns, darauf hinzuweisen, daß in der Stadt noch viele Bäckerei-Zählemissare seien. Die Tätigkeit der Kommissare wird ehrenhalber ausgeübt. Der Magistrat wendet sich in seiner Eigenschaft als Volkszähl-Behörde für die Stadt Bromberg mit dem dringenden Appell an die Bewohner, sich als Zählkommissare zur Verfügung zu stellen, damit sie dadurch dem großen Werke, das eine Volkszählung darstellt, zum Gelingen verhelfen.

Miniaturländer und Niedendorfer.

Die kleinste Stadt Polens ist Smorgonie; sie zählt 100 Seelen. An zweiter Stelle steht Nejwałde (Nynarzewo) in der Wojewodschaft Posen, dessen Einwohnerzahl schon annähernd 600 Personen beträgt. Im Vergleich zu diesen Städten, deren Bevölkerungszahl oft kleiner ist, als die Einwohnerzahl eines Großstadtwohnhauses und die trotzdem vom eigenen Bürgermeister und Magistrat verwaltet werden, erscheinen diese paradoxe einzelne Dörfer. In der Kielcer Wojewodschaft zählt das Dorf Strzemieszyce Wielkie 11 000 Einwohner. Kleiner als Strzemieszyce ist Suliszowa, das sich längs des Prondnik-Flusses hinzieht und zwar nur 6000 Bewohner hat, dafür sich über eine Fläche von nahezu 14 Kilometer erstreckt. Diese Angaben entstammen der ersten polnischen Volkszählung. Die nächste allgemeine Volkszählung im Dezember d. J. soll ausweisen, ob sich die geographisch-administrativen Gegensätze weiterhin in Polen erhalten werden. Die Volkszählung ist eine staatliche Notwendigkeit, weshalb jedermann seine Pflicht am 9. Dezember zu erfüllen hat.

Scharfschießen veranstaltet am 12. und 13. d. J. das 62. Infanterie-Regiment auf dem Schießplatz in Jagdschütz. Die Zugangswege sind durch Militärposten gesichert.

S 320 Patenkinder des Staatspräsidenten. Nach angenommener Sitte wird der siebente Sohn einer Familie Patenkind des Staatspräsidenten. Außer der Auszeichnung erhält das Patenkind ein Büchlein der Postsparkasse mit einer Spareinlage von 50 Złoty. Der Staatspräsident hat augenblicklich bereits 320 solcher Patenkinder.

S Steigen der Spareinlagen. Trotz der schwierigen Wirtschaftslage ist im Oktober d. J. ein weiteres Steigen des Sparkapitals wie auch der Zahl der Sparer in der Postsparkasse (P&O) zu verzeichnen. Die Spareinlagen, die auf die Sparbücher der Postsparkasse eingezahlt wurden, stiegen im Monat Oktober um 5 248 766,55 Złoty und erreichten damit am 31. Oktober d. J. einen Stand von 265 078 471,70 Złoty, einschließlich mit den aus der Valorisierung stammenden Einlagen 297 410 162,08 Złoty. Gleichzeitig mit dem Einlagekapital ist die Zahl der Sparer der Postsparkasse im vergangenen Monat recht bedeutend gestiegen. Die Zahl der Sparer nahm um weitere 22 227 zu. Die Gesamtzahl der von der Kasse ausgegebenen Sparbücher belief sich am 31. Oktober d. J. auf 694 597, einschließlich mit den Einlagen, die aus der Valorisierung stammen, auf 785 367.

S Konkurse im August 1931. Nach den „Statistischen Nachrichten Polens“ wurden im August d. J. insgesamt 36 Konkursverfahren beendet gegen 67 im Juli und 43 im August des Vorjahres. Von den 36 Konkursen entfielen auf die Zentralwojewodschaften 25, auf die Westwojewodschaften 10 und auf die Südwojewodschaften 1. Die Konkurse verteilen sich auf folgende Wirtschaftsweige: Chemische Industrie 5, Textilindustrie 5, Holzindustrie 1, Lebensmittelindustrie 1, Bekleidung und Galanterie 1, Polygraphie 1, Bauwirtschaft 1, Warenhandel 16 und Bankinstitute 3. In den ersten 8 Monaten d. J. wurden insgesamt 495 Konkursverfahren von den Gerichtsbehörden beendet, gegen 582 in der gleichen Zeitspanne des Vorjahres. Hier ergibt die Gliederung folgendes Bild: Zentralwojewodschaften 262, Ostwojewodschaften

9, Westwojewodschaften 149, Südwojewodschaften 75. Die Verteilung der Konkurse auf Industriezweige ist für diesen Zeitraum noch nicht angegeben.

S Selbstmord eines Soldaten. Einige Spaziergänger, die am Freitag abend in der Nähe von Bleichfelde am Eisenbahndamm entlanggingen, machten einen entsetzlichen Fund. Auf den Schienen stand man einen schrecklich verstümmelten Körper. Einige zehn Meter abseits lag der vom Rumpf getrennte Kopf. Man benachrichtigte sofort die Polizei und die Eisenbahnbehörde von dem Fund. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß man es mit einem Soldaten des 62. Infanterie-Regiments zu tun hat. Aller Wahrscheinlichkeit nach liegt Selbstmord vor. Bei dem Toten stand man keinerlei Papiere. An die Unglücksstelle begab sich eine Militär-Gerichtskommission, die die weitere Untersuchung der Angelegenheit übernommen hat.

S Zertrümmerte Schaufensterscheiben. Beträchtlichen Schaden erlitt der Inhaber des Konfektionsgeschäfts Cyrus in der Danzigerstraße. Ein unbekannter Täter hat eine der großen Schaufensterscheiben im Werte von 1600 Złoty eingeschlagen. Wahrscheinlich ist die Tat von einem Betrunkenen verübt worden, da aus dem Schaufenster selbst nichts gestohlen wurde. — Unbekannte Alkoholfreunde haben heute morgen gegen 3 Uhr auf dem Kornmarkt eine ähnliche Tat vollbracht. Sie zertrümmerten mit zwei Ziegelsteinen das Schaufenster der Restaurations-Schäfke. Die Täter wollten aller Wahrscheinlichkeit nach reiche Beute in den ausgestellten Flaschen machen, jedoch handelte es sich bei den meisten nur um leere Flaschen und nur einige wenige enthielten Obstwein. Die benachrichtigte Polizei nahm ein Protokoll auf. Von den Tätern fehlt jede Spur. Unverständlich bleibt, daß an so zentral gelegenen Stellen wie die Danzigerstraße und der Kornmarkt es sind, derartige Taten verübt werden können, ohne daß weder Passanten noch Polizei die Täter überraschen.

S Eine Unterbrechung der Stromzufuhr erfolgte gestern im Gleichstromnetz des hiesigen Elektrizitätswerks zwischen 7.15—7.25 Uhr abends. Wie wir von der Direktion des Elektrizitätswerks erfahren, war ein Gleichstrom-Speisekabel um die genannte Zeit durchgebrannt. Nachdem eine nochmalige Einschaltung erfolgte brannte das Kabel völlig durch. Dann erst konnte mit den Ausbesserungsarbeiten begonnen werden. Diejenigen Stromverbraucher, die an das Wechselstromnetz angeschlossen sind, wurden von der Unterbrechung nicht betroffen.

S Wer sind die Besitzer? Am 5. d. M. wurden in der Nähe von Dwinsk zwei Pferde mit Wagen angetroffen. Wahrscheinlich handelt es sich bei den Tieren und dem Wagen um Diebesbeute, die von den Tätern im Stich gelassen wurde. Das eine Pferd ist ein Wallach, 1,65 m groß, dunkelbraun, ohne Zeichen; bei dem anderen Pferd handelt es sich um einen Wallach, 1,68 m groß, hellbraun mit einer Blässe auf der Stirn und mit einem weißen Fleck am rechten Hinterfuß. Der rechtmäßige Eigentümer der Tiere kann sich bei der hiesigen Kriminalpolizei, Wilhelmstraße (Zagierska) 5, Zimmer 78, melden.

S Wer kann Auskunft geben? Am 8. 8. d. J. ist eine geisteskrank weibliche Person durch die Polizei in Rybnik festgenommen worden. Sie ist etwa 1,50—1,60 Meter groß, hager, hat ein rotes Gesicht, geht vornübergebeugt, hat graue Haare und war mit einem blauen Kleide, brauner Strümpfen und niedrigen schwarzen Schuhen bekleidet. Bei sich führte sie einen Löffel mit dem Mutter-Gottes-Bilde und der Aufschrift „Na Sa de Guadlupa“. Sie gab an, Salutro Maria zu heißen. Personen, die irgend welche Auskünfte über die Herkunft der Geisteskranken geben können, werden gebeten, sich bei der hiesigen Kriminalpolizei Wilhelmstraße (Zagierska) 5, Zimmer 72, zu melden.

Vereine, Veranstaltungen ic.

D. G. i. A. u. W. Donnerstag, den 12. November 1931, abends 8 Uhr, wird in der Deutschen Bühne Emil Kühlne mit heiteren Rezitationen und Liedern einen Abend froher Kunst bieten. Nach seinem ersten Besuch in Bromberg im März d. J., bei dem er sich so viele Freunde gewann, schrieb die Deutsche Rundschau: „In den schweren Zeiten, die wir durchleben, ist jede Ablenkung von den Sorgen des lauren Alltags willkommen, und wenn uns ein begnadeter Künstler durch seinen Humor einmal in die lichteren Höhen emporhebt, wo die Ideale wohnen, so müssen wir das um so dankbarer anerkennen.“ Vorverkauf Buchhandlung C. Hecht Nachf. (10388)

In der Baptistengemeinde, Pomorska 41, finden in dieser Woche jeden Abend um 8 Uhr religiöse Vorträge statt. Herr Prediger Joh. Rehr aus Berlin, der vielen Besuchern noch vom vorigen Jahr her in guter Erinnerung sein wird, wird über wichtige biblische Wahrheiten reden. Nachmittags finden Bibelstunden statt. Jedermann ist hierzu freundlich eingeladen. Näheres siehe Inserat. *

Ein Gespann vom Zuge überschritten.

P. Wirsing (Wyrzysk), 9. November. Ein schwerer Unfall, der ein Menschenleben forderte, ereignete sich in den späten Abendstunden des letzten Sonnabends. Das Gespann des Mineralwasserfabrikanten Mrozek aus Bautzburg, auf dem sich außer dem Besitzer ein Herr Vogt befand, wurde auf dem Bahnhügel Vorzydkowo—Runowo von dem Eisenbahngüterzug überschritten. Durch den Anprall wurden die beiden Insassen vom Wagen geschleudert. Herr Mrozek kam unter die Räder des Zuges und erlitt den Tod auf der Stelle. Sein Begleiter kam mit leichten Verletzungen davon. Der Wagen wurde zertrümmert. Die Pferde, welche unversehrt geblieben waren, konnten in Runowo eingefangen werden. Wer die Schuld an dem Unglück trägt, dürfte die Untersuchung ergeben.

Crone (Koronowo), 8. November. Die Leute drangen in der Nacht zum 7. d. M. durch die Decke des Stalles bei dem Besitzer Richard Winter in Altshof (Stary dwór) ein und entwendeten acht fette Gänse im Werte von 120 Złoty. — Ferner wurde dem Dachdecker Zdrojewski von hier zwei Arbeitsgeschirre gestohlen.

S Schulitz (Solec), 7. November. Zu unserer Meldung über „Steinwürfe gegen die evangelische Kirche“ erfahren wir von zuständiger Stelle, daß seit Monaten einige wenige kleine Scheiben an der Kirche zerbrochen sind, über deren Zerbrechen nichts mit Sicherheit zu sagen ist. Der Schaden beträgt nur wenige Złoty. Eine absichtliche Beschädigung ist keineswegs anzunehmen.

S Inowrocław, 8. November. 53. Stiftungsfest des Deutschen Männergesangvereins. Der hiesige Männergesangverein veranstaltete am 7. November sein 53. Stiftungsfest. In dem festlich geschmückten Saale des Park Wieski versammelten sich sowohl die aktiven und passiven Mitglieder, als auch eine große Zahl geladener

Gäste. Nach einer Begrüßungsansprache durch den Vorsitzenden Wolf folgten unter Leitung des langjährigen Chorleiters, Musikdirektor Anderlik, sieben mit großem Beifall aufgenommene Gesangsvorläufe. Eine besondere Überraschung bedeutete das flott gespielte Theaterstück „Stiefnot in Brummschädel“. Ein anschließender Ball beendete das Fest. — Entwendet wurden dem hiesigen Uhrmacher Kanzki vier Taschenuhren. Eine Untersuchung ist im Gange.

S Bartoschin, 8. November. Ein Großfeuer wütete auf dem Anwesen des Landwirts Fr. Schünke in Joachimsdorf (Sadlogoszecz) bei Bartoschin, durch welches eine große Scheune mit der gesamten diesjährigen Ernte, der Kuhstall, der Schweinstall, ein großer Schuppen, eine neue Brücke, eine Häckselmaschine und verschiedene andere landwirtschaftliche Geräte vernichtet wurden. Der Schaden wird auf 30 000 Złoty geschätzt.

S Posen (Poznań), 7. November. Heute vormittag 10 Uhr erfolgte im Zusammenhang mit der Feier des zehnjährigen Bestehens der Polnisch-Französischen Gesellschaft in Posen in Anwesenheit des französischen Botschafters in Warschau Barone und mehrerer Vertreter der Warschauer Ministerien die Enthüllung eines Ehrendenkmales für die im Kriege 1870/71 in Posen einer Typhusepidemie zum Opfer gefallenen französischen Kriegsgefangenen, deren Gebeine bisher auf dem alten Paulifriedhof beigesetzt und in diesen Tagen nach dem Garnisonfriedhof am Kernwerk überführt worden waren. Der Enthüllungsfeier wohnten die Fahnenabordnungen sämtlicher Posener Regimenter bei. — In der Langenstraße wurde gestern der 18jährige Schulknabe Czeslaw Szczęsniakowski von einem Kohlenwagen überfahren; ihm wurde ein Bein und eine Hand gebrochen. — Bei einem Einbruch diebstahl in die Wohnung einer Frau Maria Sokolnicka in der fr. Hindenburgstraße 10a wurden Kleidungs- und Wäschestücke im Werte von 1500 Złoty gestohlen. Bei einer Frau Marie Konatkowska wurden silberne Teelöffel, eine Damenuhr und zwei goldene Ringe im Werte von 560 Złoty von Einbrechern gestohlen. — Von einem Posener Personenkarrenwagen wurde der 60 Jahre alte Radfahrer Anton Mozyk auf der Chaussee Grätz—Rakwitz überschritten und so schwer verletzt, daß er am folgenden Tage starb.

* Lissa (Leszno), 5. November. Ein unmenschlicher Vater. Der Gastwirt Jan Kowalewski aus Szczepanowo wurde dieser Tage wegen unmenschlicher Behandlung seiner eigenen Tochter ins hiesige Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Wie die Dorfbewohner erzählen, ist das Mädchen seit dem Tode seiner Mutter bzw. seit der zweiten Verheilung seines Vaters wie eine Sklavin behandelt worden. Ihre Speise waren nur Kartoffeln, ihr Nachtlager Sommer wie Winter der Boden, Decken wurden ihr nicht gereicht. Größte Misshandlungen wurden ihr zuteil, der Vater schlug sie mit Gegenständen, die er gerade bei der Hand hatte. Durch die erbärmliche Lebensweise haben Körper und Geist der Unglücklichen stark gelitten, so daß die Überführung in eine Heilanstalt nötig sein wird.

* Grätz (Grodzisk), 7. November. Tödlicher Unfall. Auf der Chaussee Grätz—Rakwitz wurde der Radfahrer Anton Mozyk von einem Auto überschritten und schwer verletzt. Am nächsten Tage ist er gestorben. Die polizeiliche Untersuchung wird ergeben, wem die Schuld an diesem tragischen Unfall anzuschreiben ist.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Warschau (Warszawa), 6. November. Der Sturm im Dancing. Große Aufregung rief im Warschauer Tanzsaal „Adria“ das Vorfahren eines privaten Rettungswagen hervor. Wie es sich herausstellte, geriet eine Dancinglegende in eine Klinik gebracht.

* Warschau (Warszawa), 6. November. Wertvolle Urkunden als Packpapier. Vor einigen Jahren wurde im Warschauer Archiv ein großer Diebstahl verübt. Um die Spuren zu verwischen, zündete der Türhüter, der sich als der Täter herausstellte, das Gebäude an. Kurz vor seiner Verhaftung verkaufte er die gestohlenen Wertpapiere, u. a. Privatbriefe polnischer Könige und ehemals angesehener Persönlichkeiten. Nach Ablösung einer dreijährigen Strafe machte der Dieb den Behörden eine Mitteilung, was mit den Akten geschehen sei. Eine Untersuchung ergab, daß die Urkunden als Packpapier verwendet worden waren und gefunden hatten.

* Lemberg (Lwów), 6. November. Ein großer Einbruch wurde in dem französischen Naphthalonzern „Malopolska“ verübt. Die Diebe sprengten den Geldschrank und entwendeten 8000 Dollar, 40 000 Złoty in Banknoten sowie 8000 Złoty Kleingeld.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 9. November 1931.

Krakau + 1,84, Rawicz + 1,94, Warschau + 2,18, Plock + 1,86, Thorn + 2,31, Gorzow + 2,36, Culm + 2,29, Graudenz + 2,59, Kujebiatz + 2,91, Biebel + 2,53, Dirschau + 2,64, Einlage + 2,60, Schiewenhorst + 2,60.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Herk; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, L. & o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 259

Heute: „Illustrierte Weltchau“ Nr. 45.



Am Freitag, dem 6. d. M., früh verstarb nach langem schweren Leiden unser Mitglied, Turnbruder

Gotthard Rutschke.

Mit ihm ist ein langjähriges Mitglied unseres Vereins, dem er zeitweilig seine Arbeitskraft als Vorstandsmittel gewidmet hat, aus unserer Reihen geschieden.

Ehre seinem Andenken!

Bromberg, 7. November 1931.

Männer-Turnverein Bromberg.

Wiederum hat uns der Tod ein Mitglied entrissen, denn am 6. November ist

der Kaufmann

herr Gotthard Rutschke

nach langer schwerer Krankheit heimgegangen. Mit dem Entschlafenen betrauern wir ein langjähriges, treues Mitglied, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Berein junger Kaufleute zu Bromberg e. V.

Bogoszec, den 7. November 1931.

10334



Zur Anfertigung von

Trauer-Anzeigen

empfiehlt sich
A. Dittmann
G. m. b. H.
Bydgoszcz.

Französisch, 1450

Englisch, Polnisch,
erteilt im Ausl. dipl.
priv. Sprachenlehrerin,
d. dtch. Sprache mächtig.
Gute Refer. Bill. Breite
Swietońiastr. 19, W. 7

Bydgoszcz, Tel. 18-01

Dr. v. Behrens
1002 bearbeitet
allerlei Verträge,
Testamente, Erbsch.
Auflassungen, Hypotheke, Löschung,
Gerichts- u. Steuerangelegenheiten.

Promenada nr. 3
beim Schlachthaus.

Für die vielen Glück- und Segens-

wünsche von Nah und Fern zu unserer

goldenen Hochzeit sagen wir unseren

herzlichen Dank.

Friedrich Finger und Frau.

Przyłubie, den 8. November 1931.

4487

Religiöse Borträge

in der Baptistenkapelle, Pomorska 41, von Prediger Joh. Nehr-Berlin v. 9. bis 15. November:

Montag abends 8 Uhr: Das große Gottesleben. Dienstag " 8 " : Die drei Auferstehungen. Mittwoch " 8 " : Signale aus der Unter-

Donnerstag " 8 " : Ewiglebensmensch. Freitag " 8 " : Bezauberte Menschen. Sonnabend " 8 " : Glücksmenschen. Sonntag vorm. 1/2 Uhr: Predigt.

" naöm. 4 " : Das große Warten im Diesseits und Jenseits.

Bon Dienstag an jeden Nachmittag Bibelstunde um 1/2 Uhr. Eintritt frei. — Federmann ist herzlich eingeladen.

Habe mich in Bydgoszcz als prakt. Arzt und Geburtshelfer niedergelassen und die Wohnung des verst. San-Rats Dr. Schendell bezogen.

Dr. L. Brunk

Telephon 1368 Gdańsk (149) 42
Sprechstunden von 10326
9-10½ Uhr vorm. und 3½-5 Uhr nachm.

Rettung für Hautkranke!

Hautcreme „Heilwunder“ Danziger Patent Nr. 1919. Einzigartiges Kosmetikum zur Pflege der Haut, hilft vermöge seiner Eigenschaften selbst in verzweifelten Fällen bei sämtlich. Flechten, auch Bartflechte, offenen Beinschäden, Ekzeme, Pickel, Ausschläge aller Art, Gesichts- und Nasenröhre, Frostschäden usw.

Glänzende Anerkennungen. Bei Nichterfolg Geld zurück! Preis 8.00 zt. Versand per Nachnahme, bei Voreinsendung des Betrages portofrei. Bei Bestellung Zweckangabe erbeten.

Chem. Kosm. Laboratorium „Klossin“ 10075

Danzig - (Gdańsk), Hundegasse 43.

Holz-Auktionen

Revier Lipti (R. Glienicke)

am 12. November, 10 Uhr vorm. im Gasthaus Cronheim, Radzic

Revier Lipti (Lindchen)

am 19. November, 10 Uhr vorm. im Gasthaus zu Lisakow

Revier Augustin (Augustinenhof)

am 26. November, 10 Uhr vorm. im Gasthaus Mikołajczyk, Kościelny Wielki.

Es werden verlaufen: Kiefern- u. Fichten-

nutholz und Stangen sowie Eichen-, Birken-, Kiefern-Brennholz und Strauch.

9991 von Wizleben'sche Forstverwaltung

Liszko.

Forstpflanzen!

1000 Stück

Kotterlen: 100/150 cm, verdfult 60,- zt

65/100 cm, verdfult 45,- zt

40/65 cm, verdfult 35,- zt

1-jährige Sämlinge 10,- zt

3-jährig, versch. 30/50 cm 65,- zt

2-jährig, versch. 10/25 cm 55,- zt

1-jährige Sämlinge 30,- zt

Eichen: 2-jährige Sämlinge 30,- zt

Auch alle anderen Forstpflanzen gibt ab

Jan Kunza, Forstbaumschule,

Lutowo-Sepolno (Pomorze). 10124

Wer erteilt

engl. Unterricht?

Gf. Off. m. Preisang. u.

2.4464 a. d. Gesch. d. 3.

Unterricht

in Einzelsäubern, wie:

Buchführung,

Maschinendreihen,

Stenographie, 10316

monatlich 15,- zt.

G. Vorreau,

Bücher-Revisor,

Bydgoszcz, Focha 10.

4478

Damen- und

Knaben garderobe

arbeitet billig und gut

in u. außer dem Hause,

auch aufs Land. Finger,

Jacłowskiej 2, W. 13

Warum Geld

wegwerfen?

Uhren, Goldwaren,

Träger, Reparaturen unter

Garantie am billigsten

bei Majewski, Duga 5

im neuerauften Hau-e-

Schneiderin mit lang-

jähr. Praxis empf. sich

in u. auß. dem Hause. 4476

Padrewskiego 14, W. 7.

Wer gibt einem Möbel-

geleit in einer größeren

Industriestadt Oberöhl.

Möbel in Kommiss, 2

Offerten unter C. 4467

a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Teilnehmer

mit 8-10 000 Złoty.

Jachmann bevorzugt,

7-8 Tonnen-Leistung.

Gf. Angeb. u. C. 10330

a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Geldmarkt

Heirat

Eisenbahnanwärter

sucht zweds 10311

Heirat

schlanes, schles. jung.

Mädchen. Bildoff. II.

Sp. 77523 an Rudolf

Moise, Berlin-Spandau

Landwirtsjohn

evgl. Mitte 20, gut auf-

richt. Charakt., gelernt.

bess. Handwerk, 4000 zt

Berm., wünscht Damen-

Bekanntlich zweds Ein-

beiratung i. Gelehrts-

grdt. od. Landwirtsch.

Damen, denen es an ein-

friedlich. Heim geleg. in-

möchten Ihre Bildoffert.

unt. R. 4447 an die Ge-

schäftsst. d. 3tg. einlend.

Raufmann

39 J. alt, Industrieller,

wünscht Bekanntlich

ein vernünftig. Dame

zweds Heirat. Ernt-

gemeinte Öfferten mit

Bild unter G. 4485 an

die Gelehrts. d. 3tg. erb.

Für meine

Verwandte

40 jährige, unabhängige

Witwe, tüchtig im

Haushalt und Geschäft,

gute Ercheinung mit

6 Zimmereinführung

und 30000 Bar-

vermögen, wünsche

die passende Partie — Be-

amter, Kaufm., Landw.

angebote mit genauen

Angaben der Verhält-

nisse und Bild unter

R. 10229 an die Ge-

schäftsst. d. 3tg. erb.

Mädchen

die die ff. Küche er-

lernen, wollen, können

eintritt. Bedingung,

geg. Rückporto. 4477

Rückenmeister

Gressler,

Maria. Focha 29, II.

Bis zum 1. Januar wird

für mittleres Gut eine

lebhafte

Heirat

Bromberg, Dienstag den 10. November 1931.

Pommereilen.

9. November.

Graudenz (Grudziądz).

Das Urteil im Romanowski-Prozeß.

Im Prozeß gegen Romanowski und Genossen wurde die Vernehmung der Zeugen fortgesetzt. Die Aussagen der Strafanstaltsaufseher, die im allgemeinen nicht viel Neues zur Sache brachten, bestätigten die in der Anklage erhobenen Beschuldigungen, ebenso wie das bei dem im Buchthaus selbst am Tage vorher abgehaltenen Verhör von Aufsehern und Gefangenen der Fall war. Am Nachmittag kam die Angelegenheit der von Lieferanten gezahlten Provisionen zur Sprache. U. a. wurde von den als Zeugen vernommenen Geschäftleuten ausgesagt, daß Markow und Romanowski solche Provisionen in verschiedener Form erhalten haben. Erst als Markow Leiter der Wirtschaftsabteilung wurde, sind die Lieferanten, die von Markow gewissermaßen gezwungen wurden (er ließ nämlich durchblicken, daß im Falle der Nichtgewährung der Provisionen die Lieferungen nicht erfolgen könnten), zur Bewilligung der Vergütungen veranlaßt worden. Der Vorsteher der Strafanstalt, Romanowski, sagte aus, daß er am Tage der Flucht Romanowskis und Rynkowskis in Warschau war. Der Verdacht der Anstaltsverwaltung, daß Romanowski sich Veruntreuungen hätte zuschulden kommen lassen, habe sich bewahrheitet. Der aus dem Justizministerium zur Bücherverwaltung beordnete Beamte habe das Fehlen vieler Quittungen festgestellt, sowie eine Unterschlagung von 5600 Złoty ermittelt.

Am 3. Verhandlungstage, abends gegen 11 Uhr, wurde das Urteil gefällt. Es lautete gegen Romanowski auf 2½ Jahre Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Der Angeklagte, der sich zurzeit auf freiem Fuße befand, wurde wieder in Haft genommen. Gegen gerichtlichem Beschuß kann er gegen eine Kaution von 1000 Złoty bis auf weiteres nenerlich in Freiheit gesetzt werden. Die anderen drei Angeklagten (Markow, Strafanstaltsaufseher Romanow und dessen Ehefrau) wurden, der erste wegen Mangels an genügendem Beweismaterial, die anderen beiden, weil das Gericht selbst sie für unbelastet hielt, freigesprochen. Gegen Markow hatte der Staatsanwalt 2½ Jahre Buchthaus beantragt, betreffs Romanowskis das Urteil dem Gerichtshof anheimgestellt und hinsichtlich der Romanows'keinerlei Antrag gestellt. Gegen das freisprechende Erkenntnis in bezug auf Markow meldet der Staatsanwalt Appellation an, ebenso wie das seitens des Verteidigers Romanowskis gegen das Urteil in bezug auf diesen seinen Mandanten erfolgte.

* Das 25jährige Jubiläum des Sportklubs Graudenz (S. C. G.), das am Sonnabend und Sonntag gefeiert wurde, und das aus Begrüßungsabend, gemeinsamem Mittagessen, Fußballspiel Sportklub "Preußen" Liga gegen die erste Mannschaft des S. C. G., sowie Gala-Saalfest bestand, nahm in allen seinen Teilen einen schönen, allgemein befriedigenden Verlauf. Die Veranstaltung zeigte von dem großen Interesse, das die deutsche Bevölkerung den Bestrebungen des deutschen Sports im allgemeinen und denen des S. C. G. im besonderen entgegenbringt. Über die Einzelheiten des Festes folgt noch ein spezieller Bericht.

* Militärischer Haferlauft. Die Intendantur in Graudenz kaufte gegen Barzahlung von Kleinlandwirten Hafer in Mengen bis zu 1000 Kilogramm. Der Kauf erfolgt Ioko Magazin. Bedingungen des Ankaufs sind ein Sortengewicht von 74,1 holländische Pfund Danziger Norm, sowie eine 3,5 Prozent nicht überschreitende Verunreinigung.

* Alles Gute kommt von oben, heißt es ja. Anderer Ansicht wird Alfons Łutowski, Kalinierstraße (Kalinowa) 9, sein. Ihm fiel nämlich, als er sich vor dem Hause Nr. 11 der gleichen Straße befand, ein Blumentopf auf den Kopf, was eine ärztliche Behandlung erheischende Verletzung zur Folge hatte. Das nicht alltägliche Ereignis hatte den im zweiten Stock wohnhaften Józef Woźny zum Urheber. Der eigenartige Schüsse wurde polizeilich protokolliert.

* Marktbericht. Außerordentlich gut und rege war der Sonnabend-Wochenmarkt beschickt. Lediglich klagte der Landwirt wieder über zu niedrigen Erlös. Die Butter kostete 1,60—1,80, Eier wurden für 2,20—2,40 feilgeboten. Käse gab es für 0,20—0,50, Birnen 0,30—0,45, Tomaten 0,30, Walnüsse 1,50, Weißkohl 2—2,50 pro Zentner, per Pfund 0,04, Rotkohl 0,10, Rosenkohl 0,25—0,30, Blumenkohl 0,20 bis 0,60, Grüenkohl 0,15, Spinat 0,25—0,30, rote Rüben 0,10, Möhren 0,10, Zwiebeln 0,10, Kartoffeln 2,80—3,50 pro Zentner, pro Pfund 0,04. Der Geflügelmarkt brachte Gänse Stück zu 5—9,00, Enten 3—4,50, Puten 4—6,00, Lämmen pro Paar 1,20—1,50, alte Hühner 2,80—4,50, junge Hühner 1,50—2,50, Hasen pro Stück 5—5,50. Auf dem Fischmarkt zahlte man für Bander 1,50, Forellen 1,70, Hechte 1,20—1,60, Schleie 1,50, Brezen 0,90—1,30, kleine Lale 1,40—1,60, Weißfische 0,50—0,80, grüne Heringe 0,50—0,60.

* Gefunden wurde ein goldenes Armband. Es kann auf der Kriminalpolizei, Kirchenstraße (Koscielna), von der Besitzerin in Empfang genommen werden.

* Wegen Zerrüttung einer Schanzensturzfeuer im Restaurant Wojciechowski, Festungsstraße (Forteczna) Nr. 12, gelangte Wojciech Bandosz zur polizeilichen Meldung.

* Zwei Kleiderdiebe festgenommen. Dem Polizeiposten in Michelau bei Graudenz gelang es, die Arbeiter Michał Wiśniewski und Marjan Wrzosek zu verhaften. Die Arrestierten haben an einem fürstlich im benachbarten Gruppe verübten Einbruch, bei dem eine erhebliche Menge Garderobe gestohlen wurde, teilgenommen.

Thorn (Toruń).

Über das neue Meldewesen

Schreibt "Der Haus- und Grundbesitzer", daß man nach Informationen im Meldeamt die Zeit bis zum 31. Dezember d. J. als Einführungszeit betrachten und von der strengen Innehaltung der 24stündigen Meldezeit Abstand nehmen

will. Mit Beginn des neuen Jahres werden jedoch die erlassenen Vorschriften streng innegehalten. Damit sich der zur Führung des Meldebuches Verantwortliche den wiederholten Weg zum Magistrat erspart, empfiehlt das Blatt, dort, wo es angebracht erscheint, dem betr. Mieter das Meldebuch mitzugeben und ihn selbst die Meldung vornehmen zu lassen. Selbstverständlich wird es angebracht sein, das Entgegenkommen des Meldeamts nun nicht auszunutzen, und deshalb sei nochmals darauf hingewiesen, daß bei An- und Abmeldungen die ersten 24 Stunden frei sind, daß aber vor Ablauf der nächsten 24 Stunden die Meldung erfolgen muß. Falls das Bureau des Magistrats schon geschlossen sein sollte, dann vermerke man dies ausdrücklich in der Rubrik "Uwagi" (Bemerkungen) auf dem Meldeformular.

Bei dieser Gelegenheit sei an den Magistrat die Bitte gerichtet, das Meldebüro nicht wie bisher von 10—13 Uhr, sondern von 8 bis 18 Uhr durchgehend geöffnet zu halten. Es erscheint nicht nötig, daß zwei Beamte von 10—13 Uhr dort sitzen; erforderlich dagegen wäre, daß der eine etwa von 8 bis 13 Uhr und der andere von 13 bis 18 Uhr anwesend ist. Dadurch würde viel Ärger, Lauferei und Zeitverlust gespart werden, denn schließlich haben viele Hausbesitzer neben der Führung der Hausmeldebücher ja noch einen "Nebenberuf", der sie nicht immer in der Zeit zwischen 10 und 13 Uhr freimacht. *

* Von der Weichsel. Um 27 Centimeter niedriger als am Vortage, betrug der Wasserstand Sonnabend früh 2,70 Meter über Normal. — Das hölzerne Hilfsgerüst unter dem ersten diesesseitigen Fachwerk verneigt, so daß die Dampfer unter diesem Bogen bereits passieren können.

* Bei den neuen Fleisch-Höchstpreisen, die wir kürzlich veröffentlichten, ist berichtigend nachzutragen, daß der Preis für Rindfleisch mit Knochen pro Kilogramm 1,60 bis 2,00 (anstatt 1,60) und der für Rindfleisch ohne Knochen 2,40 (anstatt 2,00), gleichfalls pro Kilogramm, beträgt.

* Die Pommersche Gesellschaft für moralischen Schutz von Mädchen und Frauen in Thorn wurde aufgelöst und befindet sich im Zustand der Liquidation. Alle Ansprüche an die genannte Gesellschaft sind bis Ende Dezember d. J. im Spital "Zum guten Hirten" am Bahnhof Thorn-Möckel (Toruń-Möckel) anzumelden.

* Unfall. Der im Hause Brombergerstraße (ul. Bydgoska) 106 beschäftigte Polter Kazimierz Czaplicki aus Posen riß sich Sonnabend vormittag mit einem Hobel den Daumen der linken Hand ab.

* Strassenunfall. Der Landwirt Zieliński aus Ziegelwiese (Gegielnik) hiesigen Kreises fuhr während des Wochenmarkts am Freitag dem in der Wörthstraße (ul. Koerdekiego) 4 wohnhaften Józef Kwiatkowski mit seinem Fuhrwerk über beide Füße, wobei die Beine verletzt wurden.

* Einen Raubüberfall vorzutäuschen versuchte das 19 Jahre alte Dienstmädchen Ludwika Berent aus der Schuhmacherstraße (ul. Szewska) 4. Sie meldete im Polizeibureau der Bromberger Vorstadt, daß sie Donnerstag nachmittag gegen 7 Uhr in der Fischerstraße (ul. Rybaki) von einem unbekannten Manne überfallen worden sei, der ihr einen Złoty geraubt habe und dann entflohen sei. Die durchgeföhrte Untersuchung klärte die Falschmeldung auf. Die B. gab an, den Überfall erdacht zu haben, um ihre Arbeit nicht zu verlieren.

* Gr. Bösendorf, Kr. Thorn (Toruń), 7. November. Am 6. November feierte der Spar- und Darlehnskassenverein Gr. Bösendorf sein 25jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß hatte der Vorstand zu einer Feierstätzung im Saale des Herrn Naguse in Al. Bösendorf eingeladen, da auch gleichzeitig die Herren Frank-Bösendorf (Vorstandsmitglied) und G. Müller (Rechner) ihr 25jähriges Jubiläum als Mitglieder des Vereins begingen. Eine gemeinsame Kaffeetafel vereinte die zahlreichen Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Den beiden Jubilaren wurde von Verbandsrevisor Mey aus Graudenz das Ehrenabzeichen mit dem Bildnis Vater Raiffeisens und die Ehrenurkunde dazu überreicht. Beide gelobten in ihren Ansprachen, auch weiterhin für den Verein wirken zu wollen. Einige von Mitgliedern des Vereins vorgetragene Lieder verschönerten die Feier. Daran schloß sich ein Tänzchen, welches die Gäste noch lange zusammenhielt.

* Konitz (Chojnice), 7. November. Am Mittwoch, dem 4. November, tagte in Konitz unter dem Vorsitz des Superintendenten-Wermesers Niek die Kreissynode, zu der die drei Kreise Konitz, Tuchel und Bempelburg gehören. Nach einer einleitenden Ansprache wurde die reichhaltige Tagesordnung erledigt. In den Vorstand wurden neu bzw. wiedergewählt: Pfarrer Fieger, Wahl, Wodzic, Rittergutsbesitzer Reich, Gutsbesitzer Orland, Radke, Stomann, Rentier Rassch. Über die Vorlage des Evangelischen Konfirmanden: "Welche Aufgaben erwachsen der Kirchengemeinde aus der wirtschaftlichen Not der Gegenwart?" erstatteten ausführliche Referate Pfarrer Wodzic und Gutsbesitzer Stomann. Die rege Aussprache stimmte den warmen Ausführungen der Berichterstatter in dem Sinne zu, daß alle Kräfte angespannt werden müssten, um den Armen, Arbeits- und Erwerbslosen zu helfen. Gemäß dem Vorschlag des Referenten, in dieser ersten Zeit auf Tanzvergnügungen und Basare zu verzichten, saßte die Synode Beschlüsse, am diesjährigen Fuß- und Bettage in den Gottesdiensten einen Aufruf verlesen zu lassen, in dem die Gemeindemitglieder gebeten werden, im Blick auf den schweren Ernst der Zeit keine Feste, Tanzvergnügungen und Basare zu veranstalten. Sodann kamen Vertreter der Inneren Mission, der Heidenmission, des Gustav-Adolf-Vereins und der Jugendpflege mit interessanten Berichten zu Wort. Nachdem ein eingehender Bericht über die kirchlichen und sittlichen Verhältnisse in den Gemeinden des Kirchenkreises und ein Sonderbericht über die Einführung des Neuen Geistagsbuches erstattet war, wurde die Synode mit Gebet und Gebet geschlossen.

* Neumarkt (Nowe Miasto), 6. November. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde beschlossen, für das Wirtschaftsjahr 1932/33 zu den staatlichen Steuern Kom-

munalzuschläge in derselben Höhe wie bis dahin zu erheben. Die Revisionskommission schlug vor, die bei der Landesversicherungsanstalt aufzunehmende Anleihe von 100 000 Zł. auf die neu gebauten Arbeiterwohnhäuser hypothekarisch einzutragen zu lassen, um hierdurch Ersparnisse zu erzielen. Die im außergewöhnlichen Budget vorgesehene Anleiheaufnahme ist nicht perfekt geworden. Die Summe, die zur Beendigung der Arbeiterwohnhäuser dienen sollte, mußte teilweise durch einlaufende Steuern ersetzt werden, wodurch im Budget ein Fehlbetrag von 17 000 Złoty entstanden ist. Der Antrag des Verbandes selbstständiger Kaufleute, die Krammärkte zu kassieren, wurde nach einstündiger Debatte abgelehnt. Demselben Schicksal verfiel auch der Antrag des Kriegsinvalidenbundes, der die Streichung der Vergnügungssteuer beantragte. Nachdem noch eine Reihe kleinerer Angelegenheiten geregelt wurden, erfolgte die Schließung der Sitzung.

a. Schewsz (Swiecie), 8. November. Das seltene Fest der diamantenen Hochzeit feierte am 7. d. M. der älteste Bürger des Dorfes Ostrów hiesigen Kreises Jakob Gladyszkowski mit seiner Ehefrau Ludwika geb. Lehmann. — Dem Landwirt Anastasius Szumiński in Schierowice hiesigen Kreises wurden aus der Scheune 3 Bentner Roggen gestohlen. — Auf dem letzten Jahrmarkt wurden einem jüdischen Händler 500 Złoty gestohlen. — Am 17. d. M. wird von der Domäne Groddek hiesigen Kreises im Lokal von Bieliński dorselft um 9 Uhr vormittags ein Holztermin veranstaltet, bei dem 300 Meter Kloven- und Rundholz sowie ungefähr 500 Meter Strauchholz verkauft werden.

— Schewsz (Swiecie), 8. November. Zu dem Raubmord in Lipnich, dem der Besitzer Wincent Karwaski zum Opfer gefallen ist, erfahren wir, daß zwischen den Banditen und dem Ermordeten ein heftiger Kampf stattgefunden haben muß, da dem Besitzer die Kleidungsstücke vollständig vom Leibe gerissen waren. Der Ermordete, der zwei Schüsse erhalten, von denen der eine die Lunge zerriß, hat allgemein als sehr sparsamer und vermögender Sonderling bekannt. Die eigenen Töchter wußten nicht einmal den Aufbewahrungsort des Geldes ihres Vaters. Es sind bereits einige Verhaftungen vorgenommen worden. — Am Freitag wurde dem Waldarbeiter Wojciechowski aus Suchau beim Baumfällen im Walde ein Bein gebrochen, so daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

a. Schewsz (Swiecie), 7. November. Im Standesamt konnten in der Zeit vom 1. bis 31. Oktober 23 Anmeldungen verzeichnet werden, und zwar: 15 Geburten (7 Knaben, 8 Mädchen), 6 Hochzeiungen und 2 Todesfälle. — In Przyjiersk hiesigen Kreises wurde dem Landwirt Kuffel Gardnerobe im Werte von 140 Złoty gestohlen.

a. Schewsz (Swiecie), 7. November. Auf dem gestrigen reichlich besuchten und stark besuchten Wochenmarkt schwankte der Butterpreis zwischen 1,50—1,90 pro Pfund. Die Mandel Eier brachte 8,00. — Der heutige Schewsz war sehr reichlich besucht; man verlangte für kleine Absatzkerl 20 Złoty, für etwas ältere 25 Złoty und für beste Qualität 30 Złoty.

* Strasburg (Brodnica), 6. November. Zu dem an dieser Stelle in Nr. 216 geschilderten Vorfall erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß Fräulein Ruth Gehrké nur ganz unerhebliche Verletzungen erlitten hat.

P. Landsburg (Wiecbork), 8. November. In der Hallerstraße geriet die 14jährige Tochter eines hiesigen Bürgers mit ihrem Fahrrad gegen ein Auto, wobei sie leichte Hautverletzungen erlitt, während das Fahrrad beschädigt wurde. — In Plötzig feierte kürzlich Herr Karl Stucke nebst Gattin im Kreise seiner Angehörigen das Fest der goldenen Hochzeit. Dem Jubelpaare gingen u. a. Glückwunschkarten des Staatspräsidenten und pommerschen Wojewoden zu. — Auf dem Lechthin stattgefundenen Wochenmarkt kostete das Pfund Butter 1,50 und 1,80, Eier die Mandel 2,00—2,30. Das Paar Ferkel kostete auf dem Schweinemarkt 18,00—25,00 Złoty.

x. Zempelburg (Sepólno), 7. November. Auf der am 6. d. M. von der Oberförsterei Klein-Lutau im Hotel Polonia veranstalteten Holzversteigerung wurde Brennholz zu folgenden Preisen verkauft: Eichenholz

Graudenz.

Freitag, d. 13. November 1931

um 19,30 im Gemeindehause

Vortragsmeister

Emil Kühne

Heitere Rezitationen und Lieder zur Laute.

Durchschlagende Erfolge und wahre

Lachstürme. Ein Abend, der die Gesundheit fördert, weil man sich an ihm krank lacht".

(Breslauer Zeitung).

Eintrittskarten: 3.—, 2,50, 1,50, 1.— zl.

zuzügl. Steuer und Gardnerobe. 10,28

Arnold Kriedte, Mickiewicza 3.

Paßbilder

in 1/4 Stundelieferbar

nur bei 9176

Hans Dessonneck,

Photograph

Józ. Wybickiego 9.

Die 10114

schönsten Dauer-

und Batterwellen

im

„Zigar“.

Siewista Nr. 14

„Zigar“.

11,50, Eichenkloben 10,00—10,50, Erkenkloben 9,00—10,00, Birkenkloben 9,50—10,00, Eichenknüppel 8,00—10,00, Erlenknüppel 8,00. Bei starkem Besuch und reger Nachfrage wurden die Taxipreise vielfach überboten. — Auf dem letzten Wochenmarkt zählte man für Butter 1,50—1,70, für Eier 2,00 die Mandel. — Auf dem Schweinemarkt wurden 6—8 Wochen alte Ferkel mit 15—25 Schloß pro Paar verkauft.

Englische Eigenheiten.

In einem Londoner Bericht stellt die Warschauer „Gazeta Polska“ über die jetzigen Parteiverhältnisse in England längere Betrachtungen an, denen wir das Folgende entnehmen:

Lord George warf Baldwin, der sich niemals von seiner Pfeife trennt, vor, daß er schlechten Tabak rauche, und daß ihm die Rauchschwaden den politischen Horizont vollständig verhüllten. Macdonald aber nannte er ein altes Grammophon mit brüchigen Platten. Und jetzt nach der Niederlage hat der Walliser Hexenmeister weder seinen Humor, noch seine Verve verloren. „Er ist zu krank“, schreibt von ihm der konservative „Evening Standard“, um aus dem Bett aufzustehen, aber er ist gesund genug, um weiter Verwirrung zu stiften.“ Lord George irrte sich in seinen Voransagen. Er setzte so sehr auf ein falsches Pferd, daß ihn alle verlassen haben, und daß er jetzt als Prediger in der Wüste eine komische Rolle spielen muß. Die liberale Partei hat sich ganz von ihm und seinem Familien-Duett abgewandt. Außer seiner Tochter, seinem Sohn und seinem Schwiegersohn hat er keine Anhänger mehr und konnte er auch keinen Anhänger ins Parlament bringen. Es wird selbstverständlich auf den Bänken der Opposition Platz nehmen. Es zeigt sich, daß weder der Tabak Baldwins so schlecht ist, noch die Platten Macdonalds so brüchig. Nach der Niederlage der Arbeitspartei bei den Wahlen zum Unterhaus haben die Konservativen soeben einen großen Sieg bei den Gemeindewahlen errungen. Die Labour-Party verlor wiederum hunderte von Mandaten.

Wendung nach rechts? Die Schablone der kontinentalen Bezeichnungen läßt sich auf England nicht anwenden. Man weiß häufig nicht, was hier rechts ist und was links. Ob die Labour-Leute, die infolge der Reform des Gebetbuches Tränen vergießen, reaktionär sind als die konservativen Freidenker, und ob man als Kriterium des Fortschrittes die Stellungnahme in der Frage der Zölle ansehen kann. Herr Lansbury, der einzige Führer der Labour-Party, die wie Noah unverfehlt aus der Sintflut herausgekommen ist, war einmal Pastor. In dieser Partei spielen die Geistlichen fast eine größere Rolle als in allen übrigen Parteien. Marx ist für sie sicherlich eine geringere Autorität als die Bibel, auf die sich alle politischen Agitatoren hier berufen, die englischen Kommunisten nicht ausgenommen. Der gestern verstorbene A. J. Cook, der roteste unter den Arbeitersführern, der Diktator der Bergleute, der Leiter des Generalstreiks im Jahre 1926 und Protektor der Kommunisten, war in seiner Jugend auch einmal Prediger einer religiösen Sekte.

Die Kirche und der Thron werden von allen Seiten als nationale Einrichtungen schonend behandelt. Die Sozialisten werden hier gern Lords, und wie boshaft Leute behaupten, hat Henderson deswegen Macdonald den Kampf angesagt, weil den Lord-Titel in Kürze nicht er erhalten soll sondern Snowden. Aber auch Herr Henderson wird einmal Lord, obgleich er heute den Klassenkampf predigt. Man muß daran erinnern, daß gerade Henderson derjenige war, der während des Krieges unter den Führern der Labour-Party am meisten für eine Verständigung eintrat und damals zur Regierung gehörte, während Macdonald von den Gerichten wegen seines Pazifismus verfolgt und als Verräter bezeichnet wurde. Wenn also jetzt die Rede ist von einem Rück nach rechts in der öffentlichen Meinung Englands, so muß man das mit großen Vorbehalten hinnehmen. Bei den Wahlen hat die allgemeine nationale Parole gegenüber dem Partei-Partikularismus gesiegt. Die Labour-Party hat gerade deshalb eine große Niederlage erlitten, weil sie sich dieser Parole widersetzt.

Wie beurteilt man die Echtheit eines Gemäldes?

Die Expertise der Röntgenstrahlen.

Von Dr. August Diehl - Würzburg.

Die Gemäldefälschungen in den letzten Jahren, die Fälle Petz in Hamburg, Millet und Tazot in Paris, neuerdings der Fall Dossena, haben begreifliches Aufsehen erregt. Man hat jetzt in den Röntgenstrahlen ein Mittel gefunden, das unter gewissen Voraussetzungen Fälschungen kennlich macht, die auf andere Weise nicht festgestellt werden können. Unfundige haben aus diesem Umstande den Schluss gezogen, daß die Röntgenprobe bestimmt sei, die sogenannte Expertise (die sachmännische Beurteilung fragwürdiger Gemälde) endgültig abzulösen, weil die Unschärfekeit des technischen Apparates den immer möglichen Irrtum des Menschen ausschließen. Diese Ansicht festigt sich, weil einige Experten bekannter Kunsthistoriker durch die Röntgenprobe widerlegt wurden. Sie stellt aber einen ungeheuerlichen Trugschlüpf dar, der sich in Nichts auflöst, sobald wir die seelischen Vorgänge betrachten, die dem Begriff der Echtheit zugrunde liegen, und zwischen stofflicher, gegenständlicher und künstlerischer Echtheit unterscheiden.

Das Wesen der stofflichen Echtheit kennzeichnen die Ausdrücke echtes Gold, echtes Elfenbein, echte Seide und der gleichen. Dagegen ist der Unterschied von künstlerischer und gegenständlicher Echtheit, worauf es hier ankommt, nicht allgemein bekannt. Dem Verständnis diene folgendes Beispiel:

Ein Sammler besitzt eine altägyptische Goldmünze, bei deren Ausgrabung er selbst ausgehen war. Sein Freund will aus wissenschaftlichen Gründen eine genaue Kopie dieser Münze haben. Die Münze wird mit allen Mitteln moderner Technik in Gold kopiert. Zufällig rollen die beiden Münzen unter den Tisch, und nach dem Aufheben vermag niemand mehr sie voneinander zu unterscheiden. Unzweifelhaft wird der ursprüngliche Besitzer der ausgetragenen Münze sein Exemplar, gleichviel welches von beiden er behält, mit gemischten Gefühlen betrachten, besorgt, ob es das

Zweierlei Maß?

Der „Dziennik Pomorski“, das Pommersche Regierungsblatt, veröffentlichte in seiner Nr. 266 vom 6. November einen längeren Artikel, in dem er sich mit den nationaldemokratischen Methoden auseinandersetzt. In dem Artikel heißt es, der polnische Leser Pommerschens könne nur voll Scham, wenn nicht gar voll Entrüstung in das Organ der Nationaldemokraten Pommerschens, in das Thorner „Słowo Pomorskie“, blicken, da dort der Polnische Staat als „sinkendes Schiff“, als „einstürzendes Haus“, als „schiefer Baum, auf den selbst die Ziege springt“, dargestellt werde. All das sei tendenziös geschrieben, boshaft, mit einem gewissen Hass gegen alles, was zur Sammlung aufruft, wie mit einer gewissen Verwunderung, daß Polen noch bestehe.

Das genannte Regierungsorgan schreibt dann wörtlich weiter: „Wenn derartige Artikel zufällig in einem Blatt wie der „Deutschen Rundschau“ oder dem „Pommerschen Tageblatt“ erscheinen würden, würde der Beifluss des Zensors solche tendenziöse Belichtung der staatlichen Wirklichkeit als staatsfeindliche Tägigkeit bezeichnen.“ Das ist fürwahr ein sehr beachtenswertes Bekanntnis!

In dem zionistischen Warschauer „Nowe Slowo“ findet sich — anlässlich der polnisch-lettischen Spannung — die folgende Betrachtung: „Im Lande selbst steht man bei jeder Gelegenheit gegen die nationalen Minderheiten, verneigt ihnen ihre Minimalrechte, mischst die eigenen Verpflichtungen, Verträge, Gesetze, sobald sie von Nutzen für die Minderheiten sind... Zugleich stellt der Staat sich schützend vor die eigene Minderheit im anderen Lande...“

Neue Zahlen

über den Rückgang der zivilisierten Menschheit.

Die zivilierte Menschheit steht auf dem Aussterbeetat. Kürzlich hat in Rom der Internationale Kongress für Bevölkerungsprobleme sein Ende genommen, der ganz im Zeichen der alarmierenden Zahlen stand. Diese Zahlen haben mit erschreckender Deutlichkeit bewiesen, daß die Zahl der Todesfälle in den meisten Kulturländern die Zahl der Geburten bereits nachgeholt, wenn nicht sogar überholzt hat. Nichts spricht dafür, daß in dieser Sachlage bald eine Wendung eintrete. Im Gegenteil: die ungeheure Verschärfung, die die Weltwirtschaftskrise im Jahre 1930 und erst recht im laufenden Jahre erfahren, wird sich u. a. verheerend auf dem Gebiete des Bevölkerungszuwachses auswirken. Der Bevölkerungsrückgang verspricht daher in den nächsten Jahren besonders bedrohliche Formen anzunehmen.

Das Material, das auf dem Kongress in Rom von den einzelnen Referenten vorgelegt wurde, ist mehr als überzeugend. Deutschland, das im Jahre 1900 bei einer Gesamtbevölkerung von 56 Millionen rund 2 Millionen Neugeborene aufweisen konnte, hatte im Jahre 1930 bei einer Bevölkerung von 64 Millionen nur noch 1 126 000 Neugeborenen. England zählte im Jahre 1900: 1 064 000, dagegen 1930 nur 743 000 Geburten. Das einzige Land in Europa, das einen jährlichen Bevölkerungszuwachs in größerem Ausmaße als vor dem Kriege aufzuweisen hat, ist Sowjetrussland. Mindestens man den durchschnittlichen Bevölkerungszuwachs vor dem Kriege für 100, so betrug der Index in den Jahren 1927/29 in Russland 130, dagegen in Italien 78, in Deutschland 50 und in England 41. Seit 1923 ist die Einwohnerzahl des Sowjetstaates um 58,5 Millionen gewachsen. Besonders interessant ist dabei die Tatsache, daß die Zunahme der Einwohnerzahl der Städte jährlich 2,5 Millionen beträgt gegenüber der amerikanischen Rekordzahl von 1,1 Millionen. Die Zahl der Schulkindergarten ist in Russland in einem ganz enormen Maße gewachsen. Gleichzeitig ist der arbeitsfähige Nachwuchs in Deutschland von 451 000 im Jahre 1911 auf 283 000 im Jahre 1929 zurückgegangen.

Eine beredtere Sprache können Zahlen nicht sprechen. Das Bild, das auf dem römischen Kongress entworfen wurde,

hat das Washingtoner Institut für Wirtschaftsforschung ergänzt. Dieses Institut gibt ein neues Werk des bekannten Wirtschaftsstatistikers Kuzynski heraus, das ein Ergebnis der vierjährigen Arbeit bildet. Aus diesem Werk geht hervor, daß bereits vor vier Jahren je 100 Mütter nur 93 künftige Mütter in die Welt brachten. Das bedeutet nichts anderes, als langsame Aussterben, und dies um so mehr, als die Verhältnisse sich seitdem noch erheblich verschärft haben.

Es muß im großen und ganzen festgestellt werden, daß die natürliche Selbstergänzung der Bevölkerung in Deutschland, Frankreich und England heute nicht mehr funktioniert. Dasselbe gilt für solche Länder wie Österreich, Tschechoslowakei und die baltischen Randstaaten. Schon die Forschungsergebnisse für das Jahr 1928 haben bewiesen, daß die Bevölkerung in diesen Ländern jährlich um 0,8 Prozent zurückging.

Es erscheint müßig, auf alle Ursachen des begonnenen Aussterbens der kultivierten Menschheit einzugehen. Die Tatsache selbst bildet eine der Krankheitsscheinungen des geschichtlichen Abschnittes, in dem wir leben. Vielleicht wird sich die Lage eines Tages ändern. Bis auf weiteres muß aber damit gerechnet werden, daß die Bevölkerungszahl in sämtlichen zivilisierten Ländern der Welt — Russland können wir zu diesen Ländern nicht mehr rechnen — nicht nur nicht wächst, sondern sogar etwas zurückgeht. Dieser Rückgang macht sich in unserem täglichen Leben von Jahr zu Jahr kaum bemerkbar, aber er ist da. Die praktischen Amerikaner suchen sich bereits auf lange Sicht hin auf diesen neuen Faktor einzustellen. Sie sehen voraus, daß eine Reihe von Wirtschaftszweigen selbst nach der Überwindung der Wirtschaftskrise sich werden umstellen müssen, so vor allen Dingen das Baumgewerbe.

Die Zahl derer ist nicht gering, die sich sagen: „Je weniger Geburten wir in dieser schweren Zeit haben, um so besser. Wožt die Zahl der Arbeitslosen noch vergrößern?“ Man vergesse jedoch nicht, daß der Bevölkerungsrückgang die Möglichkeit des Verbrauchs und hiermit der Produktion verkleinert und so seinerseits zu einer Verschärfung der Not beiträgt. Im übrigen wäre es falsch, die Bevölkerungsprobleme ausschließlich vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus zu betrachten. Dieser Fehler wird aber selbst in sachmännischen Kreisen immer wieder begangen.

Dr. F. Richard.

Rundfunk-Programm.

Dienstag, den 10. November.

Königsblücherhausen.

06.50 ca.: Konzert 10.10: Schallfunk: Aus der deutschen Musik (II): Muist für Clarinet und Cembalo. 12.00: Wetter. Anschl.: Zur Unterhaltung (Schallplatten). 14.00: Schallplatten. 15.00: Kinderstunde. 15.45: Frauenstunde: Reitfeste für unsere kleinen (III). 16.00: Von Leipzig: Konzert. 17.00: Bleibende Werke der deutschen Dichtung. 18.00: Dr. Walther Hagemann: Deutschland und Südost-Europa (III). 18.30: Englisch für Fortgeschritten. 18.55: Wetter. 19.00: Körperbau und Charakter (II). 19.30: Österreichische Volksweisen. Sungen von der Deutschösterreichischen Liedertafel zu Berlin. 21.10: Von Breslau: Bunte Reihe. 22.35—00.30: Von Breslau: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.45: Schallplatten. 09.10: Schulfunk: Schottische Volksmusik. 11.35, 13.10 und 13.50: Schallplatten. 12.10: Was der Landwirt wissen muß! Die Gutermittel tierischer Kunstfertigkeit. 15.25: Kinderfunk: Wir spielen Schupo. 15.50: Das Buch des Tages. 16.05: Unterhaltungsmusik. 17.15: Stunde der Musik: Die deutsche Opernfultur in Zahlen. 18.10: Das wird Sie interessieren! 18.55: Wetter. Anschl.: Kurzoper auf Schallplatten: „Der Barbier von Sevilla“. 19.30: Wetter. 20.00: Friedrich von Schiller (* 10. 11. 1759). 20.30: Lieder. Anna Maria Steen, Sopran. Flögel: Franz Marszałek. 21.00: Bunte Reihe. 22.25—00.30: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

07.00 ca.: Schallplatten. 11.30—12.30: Danzig: Schallplatten. 13.30—14.30: Danzig: Schallplatten. 15.45: Altböhmisches musikal. Streichspiel. 16.45: Teemusik. 19.30: Rudolf Winkler spielt „Telemann-Variationen“ von Max Reger. 20.30: „Brüderlein sein“. Alt-Wiener Singspiel in einem Akt von Julius Wilhelm. 21.30: Studio. „Aucassin und Nicolette“.

Warschau.

14.45, 16.40: Schallplatten. 17.35: Orchesterkonzert. 19.30: Schallplatten. 20.15: Orchesterkonzert und Gesangsdramme. 23.00—24.00: Tanzmusik.

auch echte Rubens, Werkstattarbeiten des Meisters, bei denen nicht festgestellt werden kann, wieviel davon eigenhändige Arbeit ist.

Der Beitrag eines Kopisten besteht nicht in der Nachbildung der künstlerischen Form, sondern in der wahrheitswidrigen Erklärung über die Herkunft des Bildes. Auf die „Provenienz“ und nicht auf die Kunst kommt es nämlich dem Kunsthändler und nur zu oft auch dem Sammler an. Die gegenständliche Echtheit ist ihnen die Hauptache. Gar manchen Jäger nach dem Echten locht nur die mystische Bedeutsamkeit, der wir schon im Beispiel von den Münzen begegneten, wenn es nicht gar die bloße Eitelkeit des Nabobs ist, der im mittleren seiner Schäze thront wie ein blinder König in seinem Palaste, dessen Herrlichkeit nur genießt, wer schende Augen hat.

Notwendigerweise muß der künstlerische Sachverständige in zwei Fällen versagen. Einmal, wenn die Nachbildung so getrennt ist, daß die künstlerische Form sich vom Original nicht mehr unterscheidet, ein sel tener, aber erwiesener Fall, und zweitens, wo es sich um altertümliche Gemälde handelt, die erblindet, gedunkelt, übermalt und überfirnißt, der stilkritischen Wertung zu wenig Anhaltspunkte bieten. Der Expert ist in diesem Falle auf die Merkmale der gegenständlichen Echtheit angewiesen. Sein Urteil spricht also nicht gegen seine Kunstsicherheit, sondern höchstens gegen seine antiquarische Erfahrung. Der Röntgenapparat aber kann weder das künstlerisch noch das gegenständlich Echte aufzeigen, sondern ganz ausschließlich das Stoffliche. Er läßt die Farbschichten aufleuchten, sondern die Übermalung, zeigt, was vorher war, was später hinzukam. Er gibt Auskunft über Beschaffenheit und Alter des Holzes, der Leinwand, des Lackes und über die chemische Zusammensetzung der Farben. Er kann beispielsweise mittelbar feststellen, daß ein Gemälde nicht von Leonardo sein kann, weil man damals noch nicht mit Auffärbchen gearbeitet hat, kurz, er stellt ein sehr wertvolles Hilfsmittel dar, das aber immer nur im Rahmen der Expertise des Kenners Bedeutung gewinnt und weder bestimmt noch geeignet ist, das ewig Geistige, die Beurteilung des Stiles zu ersetzen.

Jan Piłsudski und Bernhard Jankowski

Fehlbetrag und neue Steuern.

Eine Rede des Finanzministers.

In der letzten Sejmssitzung am Freitag, in der zunächst der von den Sozialisten eingebrachte Antrag zur Einführung einer territorialen Autonomie der Ukrainer zur Aussprache stand, ergriff danach der

Finanzminister Jan Piłsudski

das Wort. Er betonte, daß das Finanzgesetz für das Jahr 1922/23 dem heute in Geltung befindlichen entspreche und nur einige rein redaktionelle Änderungen enthalte, die sich aus gewissen vollzogenen Tatsachen, wie der Zurückziehung der 15 prozentigen Zulage bei den Gehältern ergebe. „Die veranschlagten Eingänge beziffern sich auf 2875 Millionen, die Auslagen auf 2452 Millionen, so daß sich ein Defizit von 77 Millionen ergebe. Es entsteht die Frage, warum die Regierung nicht weitere Zusammenpressungen durchgeführt hat, damit das Defizit verschwindet. Um aber eine Zusammenziehung von ganzen 414 Millionen durchzuführen, dazu gehört eine schwere Arbeit. Selbst wenn man eine Reihe von Ministerien kassieren würde, so würden noch nicht Ersparnisse von 414 Millionen möglich sein. Weitere Ersparnisse könnte man nur dann machen, wenn die Notwendigkeit dazu eintritt. Was sind denn das, diese 77 Millionen? In dem Schuldenbudget hatte man nur Vorsorge getroffen, daß es möglich würde, die Schuldenraten vollständig zu decken. Bei der Aufstellung des Budgets mußte man nämlich nicht, was weiter werden würde.“

„Ob der Hoover-Plan eine Verlängerung erfährt? Mir kommt es vor, als wenn irgend eine Aktion eintreten wird. Dieselben Ursachen bestehen weiter. Und wenn diese Aktion gewisse Ersparnisse ermöglicht, so wird es dann dieses Defizit nicht geben, und es wird eine schmerzhafte Operation an den staatlichen Notwendigkeiten nicht nötig sein.“

(Wirklich nicht? Weiß man denn, wieviel Steuern eingehen? D. R.)

Wenn es aber keine dem Hoover-Plan ähnliche Aktion gibt, so wird man durch weitere Zusammenpressung das Gleichgewicht des Budgets sichern.“

Der Minister verbreitete sich weiter in Einzelheiten über die bisherige Durchführung der Ersparnisse. Dann fährt er fort: „Da wir im voraus wußten, daß die Ausgaben größer würden, so waren wir der Ansicht, daß man zu

neuen Steuern

greifen müsse. Es handelt sich dabei eigentlich nicht um neue Steuern, sondern um eine Neuordnung der bestehenden. Sie sehen eine Erhöhung der Einkünfte aus der Immobiliensteuer um 22 Millionen, aus der Steuer von Tantien in Höhe von 16 Millionen, ferner aus der Steuer von den Spezialeinkünften der Notare 1.500.000, aus der Stempelsteuer um 15 Millionen usw. Alle diese Steuern ergeben zusammen 129 Millionen. Aber gleichzeitig machen wir einen risikanten Versuch. Wir setzen die Gewerbesteuer herab. Im ersten Jahre gab dies den Bürgern eine Erleichterung von 1/2 Millionen.

Sicherlich wird man den Vorwurf erheben, daß das Budget unwirklich ist, da die Konjunktur sich verschlechtert. Ich bestreite nicht, daß dem so ist.

Auf einigen Gebieten wie z. B. auf dem der Landwirtschaft hat sich die Konjunktur gebessert. (Der Herr Landwirtschaftsminister war mit Recht anderer Meinung! D. R.) Was den eventuellen Vorwurf betrifft, daß das Budget aufgebläst wäre, so muß ich sagen, daß es nicht mehr aufgebläst ist als die Budgets aus den Jahren, in denen die Leute, die heute zur Opposition gehören, an der Regierung waren. Das Budget, das im Juli 1924 beschlossen wurde, betrug 1.490 Millionen, und noch im Dezember fügte man ihm 140 Millionen hinzu.

Sehen wir uns einmal im Auslande um:

England und Amerika haben ihr Defizit, ein Defizit haben auch die Vereinigten Staaten und Japan. Man sagt, daß die Nach-Mai-Regierungen daran Schuld tragen; aber wenn ich vom allgemeinen Weltstandpunkt diese Krise ins Auge fasse, so wird mancher Wirtschaftstheoretiker und Praktiker erst nach Jahren feststellen können, wer daran Schuld trägt. Wenn man sagt, daß die Nach-Mai-Regierung daran schuldig ist, so ist das Demagogie.

Nach der Rede des Finanzministers ergriff der Vorsitzende des B. B.-Klubs, Abgeordneter Skawek, das Wort. Der Kern seiner Ausführungen besteht darin, daß er erklärt, daß die von dem Budget vorgenommenen Ersparnisse notwendig waren, daß aber an dem Budget des Kriegsministeriums mit Recht(!) nichts abgestrichen worden sei: „Solange verschiedene Staaten, die mit ihren eigenen Sorgen nicht fertig werden können, nur zu oft Ausschreitungen dulden oder offen unterstützen, die durch unverantwortliche Faktoren (Vorah?) und Organisationen gegen die festgestellten Grenzen der Nachbarn gerichtet sind, sind wir gezwungen, unsere Schutzwall in voller Bereitschaft zu erhalten.“

Gegen wen sind diese starken Worte gerichtet? Vermutlich gegen einen entwaffneten Nachbarn, der bisher mit seinen Tributzahlungen einen guten Teil der französischen Riesen-Rüstung bezahlen mußte. Wer aber soll in Polen das hohe Militärbudget bestreiten? Der Steuerzahler. Aber dieser arme Mann ist schon ganz ausgepumpt. Die beste Sicherung für einen Staat ist nicht das auf die Steuerschraube aufgeschraubte Bajonett, sondern das Glück und der Wohlstand der Bürger!

Deutsche Beschwörung im Sejm.

Zur ersten Lesung des Haushaltsvoranschlags für das Jahr 1922/23 nahm auch der in Oberschlesien gewählte Abgeordnete Jankowski vom Deutschen Parlamentarischen Klub das Wort, der n. a. folgendes ansprach:

Bei Beurteilung der Gesamtlage unseres Landes müssen wir feststellen, daß in der diesjährigen Budgetberatung den politischen, innen- wie außenpolitischen Fragen das Vorrecht gebührt. Wollen wir wirklich der

Krise in unserem Lande bekommen, dann muß eine grundlegende Änderung unserer Politik durchgeführt werden. Denn unsere bisherige Politik — nach innen wie nach außen — hat zu unserer Wirtschaftskatastrophe wesentlich beigetragen.

Nach den bisherigen Misserfolgen, in Anbetracht der drohenden Lage und des kommenden schweren Winters müßte man erwarten, daß der Ministerpräsident vor den Sejm tritt und offen bekennen, daß heute ab einer Politik zu betreiben, die vielleicht im Gegensatz zu der Mehrheit dieses hohen Hauses steht, aber den Interessen des Volkes mehr dienlich ist. Nichts von alledem; der alte Kurs wird weiter gehalten.

Ich will nicht weiter auf die Einzelheiten unserer Politik eingehen, nicht auf die sich daraus ergebende allgemeine wirtschaftliche Not. Neben dieser allgemeinen Not ist die Minderheit, die deutsche Minderheit besondere Drangsalierungen ausgesetzt.

Der Kampf gegen die Minderheiten wird weiter geführt.

Allerdings nicht mehr mit der rohen Gewalt, jetzt werden andere Mittel angewandt, um die Minderheit zu vernichten. An erster Stelle versucht man, die deutsche Einheitsfront zu sprengen. Regierungsverbündete Parteien ist es gelungen, polnische Parteien und Organisationen zu zerstören, warum sollte es nicht auch gelingen, die deutsche Einheitsfront zu stören? Man bedient sich dazu des Kultur- und Wirtschaftsbundes, einer Organisation, dessen geistiger Vater ein Mitglied dieses hohen Hauses ist. Wir haben wiederholt festgestellt, daß diese Organisation reichlich finanzielle Subventionen aus öffentlichen Mitteln erhält. Heute haben wir Beweise dafür, wie hoch die Subventionen waren; vor allen Dingen aber sind uns die Namen der Wojewodschaftsbeamten bekannt, welche diese Summen an den Kultur- und Wirtschaftsbund überwiesen haben.

Nachdem der Kultur- und Wirtschaftsbund die ihm aufgetragene Arbeit (Zerschlagung der deutschen Einheitsfront) nicht ausführen konnte, blieben die Subventionen aus. Damit hat man allerdings den Plan der Vernichtung der deutschen Organisationen und Parteien nicht aufgegeben, sondern etwas Neues geschaffen, die Liga für Menschenrechte. Diese Organisation ist in Oberschlesien nur eine Fiktion. Der Träger dieser Liga, Verleger einer polnischen Zeitung in deutscher Sprache, hat nun den Auftrag Unruhe und Verwirrung in die deutschen Kreise hineinzutragen. Über die angewandten Mittel wollen wir schweigen. Im Auftrage der Geldgeber hat diese Liga Ende August d. J. auch eine „Denkschrift an den Völkerbund“ gerichtet, in welcher die deutsche Minderheit als Unruhestifterin angegeben wird. Herr Außenminister Zaleski hat von dieser Denkschrift in Genf keinen Gebrauch gemacht. Es liegt auch nur im Interesse des Staates, wenn von derartigen bestellten Denkschriften keine Notiz genommen wird.

Solcher Elemente bedient man sich auch in den Gebieten Posen, Pommerellen und Łódź.

Es wäre jedenfalls zweckmäßiger, daß dafür aufgewandte Geld dem Arbeitslosenfond zu überweisen.

Sollen wir noch Klage führen über die

planmäßige Vernichtung der deutschen Minderheitsschulen,

wie man deutsche Lehrer aus deutschen Schulen in Łódź in die Provinz an polnische Schulen versetzt, wie deutsche Lehrer gegen ihren Willen pensioniert werden, wie Arbeitslosen erklärt wird, daß sie nur dann eine Arbeit oder Arbeitslosenunterstützung erhalten, wenn sie ihre Kinder aus der deutschen Schule herannehmen und der polnischen Schule anführen?

Gegen den selbständigen Kaufmann, Handwerker und Landwirt wird die Steuerschraube besonders angezogen, wenn derselbe sich zum deutschen Volkstum bekannt. Rücksichtlos wird zur Pfändung geschritten und dadurch zur Vernichtung von Existenz. Ich will darüber an dieser Stelle keine Einzelheiten anführen. In der Budgetkommission wird sich dafür reichlich Gelegenheit bieten.

Um Deutsche unschädlich zu machen, schent man auch vor Verbrechen nicht zurück.

Ein Beweis dafür ist die Waffenunterschiebung bei zwei Angehörigen der Minderheit in Golombok. Sofort nach Bekündung des Standrechts findet die Polizei bei diesen Landwirten die unterschobenen Waffen. Nur durch einen Zufall hat sich die Unschuld dieser beiden Leute herausgestellt.

Gelegentlich einer Beratung in der Sozialkommission habe ich Klage geführt über die

unterschiedliche Behandlung der Arbeitslosen,

die sich zur Minderheit bekennen. Einen Fall möchte ich besonders hervorheben. In Hohenbirken werden Notstandsarbeiten von Arbeitslosen ausgeführt. Bei dieser Arbeit, es waren Strafanarbeiten, erblickt der Gemeindenvorsteher auch Angehörige der Minderheit. Auf seinen Befehl werden diese Arbeiter von der Arbeitsstelle entlassen mit dem Bemerkung, sie sollen sich Arbeit beim deutschen Vertrauensmann Rengebauer holen. Ein weiterer Fall: in Golombok, Kreis Rybnik, stellt ein deutscher Landwirt einen Antrag auf Schadenersatz, verursacht durch Überschwemmung. Befällig erhält er den Abschlußbescheid urkundlich vorgelegt. In diesem Bescheid ist folgendes zu lesen: „politischer erfreut sich der Petent eines guten Leumundes und verdient keine Beurichtigung.“

Das ist nur ein Ausschnitt aus dem Leidensweg der deutschen Minderheit. Wollen wir zu einer Konfolidierung der Verhältnisse im Staate kommen, so ist eine Regelung des Minderheitenproblems eine der wichtigsten Voraussetzungen hierfür. Die deutsche Minderheit hat wiederholt bei verschiedenen Gelegenheiten den aufrichtigen Willen zum Ausdruck gebracht, an der Lösung des Problems mitzuwirken. Die Regierung hat aber bis jetzt nichts unternommen, um die in der Verfassung garantierten Rechte zu erfüllen.

Im Gegenteil: es ist soweit gekommen, daß Herr Außenminister Zaleski die Verlegung der Minderrechte wenigstens im oberösterreichischen Teil der Wojewodschaft

Schlesien sowie in Posen und Pommerellen. D. N.) vor dem Völkerbundrat zugegeben und die Verpflichtung übernommen hat, für die Zukunft eine Verbesserung der Verhältnisse herbeizuführen, damit das Vertrauen der Minderheit an den Behörden hergestellt wird. Wir wissen also, daß eine Änderung der bisherigen Minderheitenpolitik erfolgen soll.

Wie aber diese Änderung sich gestalten wird, darüber ist uns nichts bekannt. Herr Außenminister Zaleski hat es vorgezogen, über diesen Punkt in seinem in der Außenkommission gehaltenen Exposé zur Tagesordnung überzugehen. Wir erwarten aber eine diesbezügliche Erklärung der Regierung. Es kann möglich sein, daß die Regierung den gegenwärtigen Augenblick, wo die Frage der Behandlung der polnischen Minderheit in Lettland die polnische Öffentlichkeit und den Sejm beschäftigt, nicht für geeignet hält, um zu der Frage der Behandlung der Minderheiten im polnischen Staate Stellung zu nehmen. Wir hoffen aber, daß die Regierung über der Sorge um das Wohl der polnischen Minderheiten im Auslande nicht das bellagewerte Schicksal der Minderheiten im Lande außer Acht lassen und es als ihre Pflicht ansehen wird, im Interesse des Staates eine gerechte Lösung der Minderheitenfrage zu suchen und zu finden.

Von einigen Rednern wurde

die Realität des vorgelegten Budgets angezeifelt. Hente darüber zu streiten, ist eine unnütze Arbeit. Bei diesen politisch und wirtschaftlich schwankenden Zeiten ist es eine unmöglichkeit, einen klaren Überblick über die finanzielle Entwicklung zu erlangen. Die ständig zurückgehenden Einnahmen sollen durch neue Steuern ausgeglichen werden. Wir vermissen aber bei der Steuergesetzgebung eine Plannägigkeit. Auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes muß mehr Rücksicht genommen werden. Bei der Einführung einer neuen Steuer soll nicht nur daran gedacht werden, was dieselbe einbringt, sondern auch daran, wie sie sich bei den von dieser Steuer Betroffenen auswirkt.

Die Steuer soll die Volkswirtschaft nicht vernichten.

Vom Brest-Prozeß.

Warschau, 6. November.

Am gestrigen zehnten Verhandlungstage gegen die Abgeordneten des Zentralkomitees wurde der Burgstarost von Krakau, Małachowski, vernommen. Seine Bekundungen bezogen sich auf die Organisation des Krakauer Kongresses. Auf die Frage des Verteidigers Szurlej, ob der Kongress eine Gefahr für den Staat wäre, erklärt der Zeuge, daß er sehr gefährlich gewesen sei, da es sehr leicht hätte zu großen Gewalttätigkeiten kommen können. Der Zeuge zitierte zum Schluss seiner Darlegungen die bekannte Tatsache, daß dem italienischen Minister Grandi bei seinem Besuch in Krakau von den Sozialisten ein Blatt roter Rosen überreicht worden sei mit der Bitte, den Strauss am Graben Matteotti niederrzulegen, und er bezeichnete dieses Vorkommnis als ein Zeichen des Verstoßes gegen die Gastfreundschaft.

Der Angeklagte Ciołko rief dazwischen: „Ist das derselbe Grandi, der in Berlin den Deutschen Pommerellen versprochen hat?“

Nach einer Pause wurde der Presse-Referent des Burgstarosten in Krakau Adam Choczyński vernommen. Der Zeuge berichtet über die Propaganda-Aktion für den Krakauer Kongress; u. a. erklärt er, daß die Behörden die Führer des Zentralkomitees unter Aufsicht hielten, und er behauptet, daß in der Konferenz bei dem General Rat die Zusammensetzung der künftigen Regierung festgesetzt worden sei, an deren Spitze Witold als Ministerpräsident treten sollte, Kiernik als Innenminister und Haller als Kriegsminister. Der Zeuge konnte indessen nicht sagen, ob seine Kenntnis über die Konferenz positiv wäre. Er sagte nur, daß er die Informationen von einer Person erhalten hätte, die angeblich den Führern des Zentralkomitees nahegestanden hätte.

1000 Złoty täglich für die Zeugen.

Nach der Aussage im Brest-Prozeß melden sich die Zeugen in der Gerichtsanzlei, wo ihnen Anweisungen für die Gerichtskasse ausgestellt werden. Die Kasse zahlt den Zeugen hierauf die Kosten für die Reise nach Warschau zurück — was für alle Zeugen täglich ungefähr 1000 Złoty ausmacht. Und der Prozeß wird noch einige Wochen dauern!

Die Einsperrung in Brest war gesetzwidrig!

Disziplinarverfahren gegen den Untersuchungsrichter Demant.

Vor einigen Tagen wurde von der Verhandlung im Warschauer Appellationsgericht berichtet, in der die Klage der Verteidiger der früheren Gefangenen von Brest gegen den Untersuchungsrichter Demant wegen unrechtmäßiger Unterbringung im Militärgefängnis und Tolerierung des bekannten Verhaltens der Gefangenen gegenüber zur Sprache gelangte. Das Appellationsgericht lehnte zwar die Klage ab, kam jedoch zu dem Schluss, daß in dem Verhalten des Untersuchungsrichters Demant Dienstvergehen zu erblicken sind, die zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens geeignet wären.

In der Begründung dieser Entscheidung ist gesagt, daß die Untersuchungs- und Strafgefangenen in denjenigen Gefangenreihen untergebracht werden müssen, die für Zivilgefangene bestimmt sind und die dem Justizministerium unterstehen; daß Untersuchungsrichter Demant deshalb die Überführung der Gefangenen in die zuständigen Gefangenschaften hätte anordnen müssen; daß Untersuchungsrichter Demant von der Tatsache des Schlagens unterrichtet war, da ihm der Abg. Kiernik hiervon Mitteilung gemacht und sogar die Male des Schlagens gezeigt hatte; daß in der Unterlassung des Untersuchungsrichters Demant über die Gevällitäten an dem Abg. Kiernik ein Protokoll zu verfassen, ein Dienstvergehen gehehen werden kann, das die Grundlage zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens geben könnte.

Die Feststellung des Appellationsgerichts, daß die Unterbringung der Gefangenen in Brest gesetzwidrig gewesen ist und daß Untersuchungsrichter Demant nicht so verfahren habe, wie er sollte, hat im Hinblick auf den Brester Prozeß große Bedeutung. Richter Demant wird sich in Kürze vor dem Disziplinarcollegium des Obersten Gerichts zu verantworten haben.

Wirtschaftliche Rundschau.

Endlich Konjunktur-Wende?

Die Hintergründe der Weizen-Hausse.

Die Aufwärtsbewegung der Weltweizenpreise hat durch die Vorgänge in Chicago plötzlich einen gewaltigen Auftrieb bekommen. Ebenso unerwartet wie vor zwei Jahren der "Schwarze Freitag" in Wallstreet hereinbrach, ist es bei der Chicagoer Getreidebörsen zu einer riesenhaften Hausse gekommen, die dazu führte, daß der Wertzuwachs der amerikanischen Getreideernte sich im Verlaufe eines Monats auf 100 Millionen Dollar stellte. Die Aufregung bei der Marktschafft war ungeheuer; ununterbrochen stiegen die Preise infolge einer großen Menge unlimitierter ausgebener Kaufaufträge von allen Seiten. Da große Bauspekulationsbestände schritten zahlreiche Spekulanten zu überstürzten Deckungskäufen, die dazu führten, daß das Tempo der Aufwärtsbewegung noch mehr beschleunigt wurde.

Die Vorgänge in Chicago haben plötzlich aller Welt mit größter Deutlichkeit eine Entwicklung vor Augen geführt, die schon mehrere Wochen angehalten hatte. Von einem Tiefstand von 44 Cents für den Bushel Weizen hatten sich die Preise bereits vor der Chicagoer Börse um etwa 20 Prozent erholt. Die Notierungen lauteten für Weizen auf etwa 55 bis 57 Cents. Einem so gewaltigen Sprung von über 18 Cents, der genau so hoch ist, wie die gesamte Steigerung in den vorangegangenen Wochen, muß natürlich die Gesamtlage der amerikanischen Landwirtschaft entscheidend beeinflussen, wenn ... die Bewegung von Dauer ist.

Man ist geneigt, die Weizenhäuser, die so unerwartet hereinbrachen ist, etwas skeptisch zu beurteilen, weil sie durch zwei bekannte amerikanische Spekulanten inszeniert worden ist. Über diese beiden Männer, Jesse Livermore und Arthur Cutten, wird noch einiges zu sagen sein. Aber selbst wenn man annimmt, daß der Einfluß zweier Großspekulanten so erheblich ist, daß eine Börse von derart weittragenden Folgen von ihnen in Szene gelegt werden kann, wird man sich sagen müssen, daß auch solche Männer, die mit vielen Millionen zu operieren gewöhnt sind, nicht allein auf blauen Dunst hinaus ihre Spekulationen ausführen. Die Situation war für eine Börse besonders günstig. Zahlreiche Momente, die dazu geführt hatten, daß die Weltgetreidepreise immer weiter absanken, verloren im Laufe der letzten Monate an Bedeutung. In erster Linie gilt dies für die Fehlereinschätzungen der europäischen Krise. Die günstigen Vorschätzungen sind durch das tatsächliche Erntergebnis nicht bestätigt worden. In ganz Europa war infolge der ungünstigen Witterung im Sommer die Getreideernte nur mittelmäßig, so daß damit die Aussicht für Weizenverkäufe nach Europa stieg. Eine Reihe von Ländern, unter ihnen vor allem Deutschland, sind als Großkäufer beim amerikanischen Getreidefarmboard aufgetreten und haben es in bedeutendem Umsatz von seinen Vorräten entlastet. Ebenso wesentlich ist, daß plötzlich die Getreideverschaffungen Russlands und das Getreideangebot nachgelassen und aufgehört haben, ja im Gegenteil, daß vielfach der Versuch unternommen worden ist, bestehende Verträge wieder rückgängig zu machen. Einige der haupttreibenden Haushaltsspekulanten waren Berichte aus Russland, nach denen dort infolge von Trockenheit 150 Millionen Bushel weniger geerntet worden seien, als im Vorjahr. In demselben Augenblick, da der unerhörte Preisdruck, der von Russland, seitdem es unter dem Zwang zu großen Exporten steht, ausgeht, nachlässt, ändert sich mit einem Schlag die Lage des Weltgetreidemarktes. Man hatte angenommen, daß die Wirkung von preisbegünstigenden Faktoren für den Getreidehandel ausbleiben werde, weil die vom Farmboard angesammelten Vorräte so groß sind, daß deren Abstoßung immer wieder den Preisdruck erneuert. Aber auch dieses Moment hat an Bedeutung verloren, weil sich das Farmboard infolge seiner leichten Verträge finanziell entlasten konnte, so daß ein unmittelbarer Zwang zu Verkaufen nicht besteht. Es ist selbstverständlich, daß in der augenblicklichen Situation allmählich auch die Vorräte des Farmboards abgebaut werden, was ein unerlässliches Steigen der Getreidepreise verhindert. Über eine Wertsteigerung, die der Landwirtschaft der ganzen Welt zugute kommt, ist dadurch nicht aufzuhören, zumal der Weizenpreis gegenüber einem Höchststand von 2 Dollar pro Bushel auf einen Niedrigststand von 44 Cents gesunken war.

Wenn die Spekulanten Livermore und Cutten eine Börse inszeniert haben, so beweist das nur, daß sie die ersten waren, die aus der tatsächlichen Situation die Konsequenzen zogen und trotz der bestehenden Depression den Mut fanden, im entscheidenden Augenblick sich mit riesigen Summen zu engagieren. Die nächsten Tage werden dann allerdings erst zeigen, ob Cutten und Livermore recht hatten, und ob sie im entscheidenden Augenblick eingegriffen haben, ob wirklich die Konjunkturwende da ist. Ein alter Spruch sagt: „Hat der Bauer Geld, hat es die ganze Welt“. Die Weltwirtschaftskrise hat ihren Ausgang genommen von der Börse am Weltgetreidemarkt, die nach und nach alle Wirtschaftszweige in Mitleidenschaft zog. Schon jetzt ist die argentinische Währung, die stets sehr abhängig von den Aussichten der Landwirtschaft ist, gestiegen. Ein Beweis dafür, daß eine effektive Wertsteigerung der Vorräte aus den Getreideernten eingetreten ist. In demselben Augenblick, da die südamerikanischen Staaten durch bessere Bewertung ihrer Ernten mehr verdienen, sind sie auch für Industrieprodukte aufnahmefähiger. So kann allmählich eine neue Konjunktur eingeleitet werden, wenn durch die günstige Entwicklung auf der einen Seite auch die anderen Wirtschaftszweige mitgerissen werden.

Getreidehäuser auch in Polen.

o. Die von allen Weltmärkten gemeldeten Preissteigerungen für Getreide, die teilweise bis zu 25 Prozent betragen, haben ihren Einfluß auf den polnischen Getreidemarkt nicht verfehlt. Der Preis für Roggen ist in Warschau auf 25, in Lemberg auf 24 Zloty für 100 kg gestiegen, für Weizen zählt man etwa 26 Zloty. In einigen landwirtschaftlichen Gebieten, beispielweise in Wohynien, ist das Roggenangebot so schwach, daß die Roggenpreise höher als die Weizenpreise sind. Die Getreidehäuser, die im Beitz vor Getreidevorräten sind, halten die Ware zurück, in ganzem Lande ist augenblicklich das Getreideangebot sehr gering. Sehr feste Tendenz herrscht auch für Hafer infolge des größeren Bedarfs der Militärverwaltung. Bessere Gattungen Braunerste werden ständig steigenden Preisen gefügt.

Die Ursache der Getreidehäuser auf den Weltmärkten wie in Polen sind verschiedener Art. Vielfach ist man im Ausland aus Angst vor einer weiteren Entwicklung des Pfundes und der skandinavischen Baluten, sowie der Unsicherheit anderer Währungen dazu übergegangen, sein verfügbares Kapital in Getreide anzulegen. In England herrscht ferner aus dem Grunde eine starke Nachfrage nach Getreide, weil die Getreidehäuser die Einführung von Importzöllen befürchten, die von der konservativen Regierung vorgenommen werden soll. Die Wertsteigerung des Roggens ist ferner auf die erheblich zurückgegangene Roggenernte in diesem Jahre mit zurückzuführen. Auch die Tatsache, daß in der letzten Zeit die Sowjet als starke Roggenkäufer aufgetreten sind, hat zur Steigerung des Roggenpreises mit beigetragen.

Zollrückerstattungen bei der Ausfuhr von Reis und Reisprodukten.

o. Durch eine Verordnung (Dz. Ust. Nr. 96) des Finanzministers, die im Einvernehmen mit dem Handelsminister herausgegeben wurde, werden Zollrückerstattungen bei der Ausfuhr von geschältem und poliertem Reis, Reismehl aller Art, Reisgriss, sowie Reispulpa eingeführt. Die neue Verordnung führt bei der Ausfuhr all dieser Reisprodukte Zollrückerstattungen für die entsprechenden, zur Bearbeitung eingeschafften Reismengen ein, wenn es sich um die Einfuhr von entkörntem, aber noch nicht geschältem oder poliertem Reis handelt. Die Zollrückerstattung wird sich auf 2,80 Zloty für 100 kg der exportierten, geschälten und polierten Reisprodukte belaufen. Die Rückerstattung der Gebühren erfolgt auf Grund vorgelegter Ausfuhrquittungen, die jedesmal durch die dazu bevollmächtigten Zollämter auf Grund von Bescheinigungen der Exportverbände nach Feststellung der Ausfuhr der Ware ins Ausland ausgefertigt werden. Die Ausfuhrbescheinigungen werden von den Exportverbänden auf den Vorzeiger ausgestellt mit Gültigkeit für neun Monate vom Datum der Ausstellung an. Die neue Verordnung tritt am 1. April 1932 in Kraft.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Öfferten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die "Deutsche Rundschau" beziehen zu wollen.

Syndizierung der Metallverarbeitungsindustrie Polens

Gründung eines Kartellrats.

Dr. Dr. Die polnische Metallverarbeitungsindustrie ist von der allgemeinen Depression in besonders starkem Umfang betroffen worden. Anhaltender Preissturz auf den Binnenmärkten, Stilllegung von Betrieben, Arbeiterentlassung und Einschränkung der Arbeitszeit sind die äußeren Symptome der sich weiter verschärfenden Krise. Nach den Mitteilungen des Verbandes der Produzenten der metallverarbeitenden Industrie, der im Dezember 1930 320 Betriebe von den insgesamt 755 Unternehmungen dieser Branche zu seinen Mitgliedern zählte, beaufsichtigte sich der Stand der Arbeiter in Unternehmungen über 20 Arbeiter Ende 1930 auf 54 918 Köpfe, und betrug hiermit 86 Prozent der in der metallverarbeitenden Industrie tätigen Personen. Am Verhältnis zu 1928 sank die Arbeiterzahl in dieser Industrie im Jahre 1930 um fast 35 Prozent. Sie wies hiermit neben der Bauindustrie die relativ stärkste Minderung des Beschäftigungsgrades in der gesamten Industrie Polens auf.

Der Abstieg der Konjunktur läßt sich ebenso aus der Gegenüberstellung der Betriebsumsätze der syndizierten Metallverarbeitungsbetriebe erkennen. In der Zeitspanne von 1929 zu 1930 sanken die Betriebsumsätze wertmäßig von 914,2 Mill. Zloty auf 742,5 Mill. Zloty und mengenmäßig von 571 540 To. auf 486 570 To. Auf die einzelnen Zweige der verarbeitenden Metallindustrie verteilte sich die Senkung wie folgt (in %):

	1929	1930
Maschinenindustrie	232 960	169 290
Eisenartikel	138 790	109 400
Gießereien	96 570	76 890
Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte	29 990	27 350
Nägel- und Drahtindustrie	33 300	24 580
Metallartikel	18 720	11 480
Elektrotechnische Erzeugnisse	12 220	7 550
Kesselschmiedeindustrie	9 630	7 050
Waagen	3 510	2 250
Sanitäre Artikel	850	730
Zusammen	571 540	486 570

Im laufenden Jahre hat sich die Entwicklung auf der ganzen Linie fortgesetzt.

Neben dem allgemeinen Konjunkturdurchgang der Weltwirtschaft ergeben sich für die verarbeitende Metallindustrie Polens weitere Ursachen der Krise aus der besonderen Struktur dieses Wirtschaftszweiges in Polen selbst. Die Berücksichtigung der Produktion, die Ungleichmäßigkeit der Produktionsweise, die technische, kaufmännische und organisatorische Rückständigkeit vieler Betriebe, die Desorganisation des Handels wirken sich sehr nachteilig aus. Neben Betrieben, die mit allen modernen technischen Errungenschaften ausgestattet sind, trifft man kleinere und kleinste Unternehmungen, in denen die rein manuelle Arbeit vorwiegt.

Die Konzentrationsbewegung in der verarbeitenden Metallindustrie, die seit der Wiedergeburt des polnischen Staates nicht unbedeutende Fortschritte mache, erfuhr seit Ende 1929 einen heftigen Rückschlag, der sich in der Auflösung vieler wichtiger Kartelle äußerte. Allerdings war es nur gelungen, die großen Betriebe kartellmäßig zu erfassen, während eine überwiegende Anzahl kleiner und kleinstter Unternehmungen derselben Branche es immer vorzog, außerhalb der Verbände zu bleiben. Im Jahre 1930 wies die metallverarbeitende Industrie nur noch etwa 16 Kartelle auf. Die wichtigsten darunter sind: 1. Verkaufsbureau der polnischen Fabrik für Röhren; 2. Verkaufsbureau der Vereinigten Gießereien für Röhren "Rupol"; 3. Zentralbüro für den Verkauf von Isolierungsstäben; 4. Zentralbüro für den Verkauf von Kupferdraht; 5. Zentralbüro für den Verkauf von Draht und Nägeln; 6. Zentralbüro für Eisengießereien; 7. Bureau für den Vertrieb von Schrauben; 8. Vereinigte polnische Schraubfabriken in Bielsk; 9. Vereinigte Kettenfabriken in Katowitz; 10. Verband der Erzeuger von Lokomotiven und Eisenbahnwagen.

Nicht nur dem geringen Bestand kartellmäßiger Bindungen, sondern noch mehr dem Mangel einer straffen, zentralistischen Organisation des Ankaufs von Rohstoffen und des Verkaufs von Halb- und Fertigfabrikaten durch die vorhandenen Kartelle wird eine wesentliche Bedeutung für den Umfang der jetzigen Krise der metallverarbeitenden Industrie zugeschrieben. Die meisten Verkaufsbereinigungen beschränken ihre Tätigkeit auf die Überwachung der Innenhaltung der festgelegten Preise oder Erzeugungshöhe. Sowohl die Schwierigkeiten neuer Kartellbildungen, wie die Auflösung vieler Kartelle ergeben sich aus der außerordentlichen Berücksichtigung der Produktion. Dazu kommt die Konkurrenz von Rohstoffwerken, die sich eigene metallverarbeitende Betriebe angliederten, mit den rein metallverarbeitenden Betrieben, die es aufs Äußerste erschwert, die Unternehmungen mit und ohne eigene Rohstoffbasis in einem Verkaufsverein zusammenzufassen.

Trotzdem scheint sich in der allerjüngsten Zeit die Aussicht auf eine vermehrte Konzentration zu verbessern. Man will einer sich anbahnenden, von der Regierung durchzuführenden Zusage Kartellierung durch die freiwillige Bildung von Syndikaten aus dem Bilde geben. Diese Befreiungen werden durch den beim Centralverband für Handel, Industrie, Bergbau und Finanzen ins Leben gerufenen Kartellrat aufs Lebhafteste unterstützt. Man ist sich dabei in den interessierten Kreisen darüber im Klaren, daß eine erfolgreiche Arbeit der Verbände der Arbeiter auch eine zentralistische Organisation des Rohstoffverkaufs voraussetzt.

Zu den Gießereien, die Handelsartikel herstellen, herrscht in organisatorischer, kaufmännischer und technischer Hinsicht eine große Berücksichtigung. Die Gießereien, die früher meist nur wenige Spezialartikel herstellten, sind dazu übergegangen, ihre Erzeugung immer mehr auf eine Vielzahl von Artikeln zu erstrecken, in der Annahme, hierdurch einen besseren Abschlusse zu finden. Die Folge dieser Umstellung war eine gewaltige Überproduktion mit nachfolgendem Preissturz. Zwecks Herstellung der Rentabilität und Preisstabilisierung wurde im Jahre 1929 zwischen 22 Gießereien eine Konvention abgeschlossen und ein Syndikat "Centrala Handlowe Odlewów Belwia" ins Leben gerufen. Die Centrala umfaßte die wichtigsten Gießereiartikel. Ihre Tätigkeit erstreckte sich auf die Überwachung in der Einhaltung der von den Mitgliedern festgelegten Preislisten und der Zahlungsbedingungen. Am 31. 12. 1930 wurde das Syndikat wieder aufgelöst. Am 1. 1. 1931 wurde von drei Gießereien: "Herasfeld u. Victorius", "Kamienna Jan Witwicki" und "Slowianin" ein neues Syndikat "Syndikat Polski Odlewów Emałerni Belwia" ins Leben gerufen. Zunächst erblieb das Syndikat seine Hauptaufgabe darin, die Zahlungsfähigkeit der Kunden seiner Mitglieder zu überwachen und zwar durch die Aufstellung sog. "Schwarzer Listen". Im August 1931 wurde der Vertrag infolge des Eintritts neuer Mitglieder umgeändert, und das Syndikat übernahm nun den Verlauf und das Inkasso der angeschlossenen Fabriken. Das Syndikat umfaßt nur einen Teil der von den Gießereien hergestellten Artikel. Trotz der verschärften Syndikierung trat aber keine Besserung der Verhältnisse ein.

Das Syndikat für Nägel und Draht wurde am 1. 1. 1928 mit großer Hoffnung gegründet, das zunächst 12 Fabriken umfaßte, die ca. 90 Prozent der Gesamtindustrie repräsentierten. Die Gründung neuer Fabriken in der Folgezeit - im Jahre 1928 wurden 26 Betriebe gegründet - und der Kampf mit den Außenfirmen führten zur demnächstigen Auflösung des Syndikats, weil auch hier der Rückhalt von der Seite der Rohstoffbeschaffung und -Organisation der metallverarbeitenden Industrie und mit deren Hilfe einen technischen und kaufmännischen Fortschritt zu erzielen.

Produktion und Absatz von elektrischer Energie im ersten Halbjahr 1931.

Ein Beröffentlichung des polnischen Ministers für öffentliche Arbeiten entnehmen wir folgende Ziffern über die Erzeugung und den Absatz von elektrischer Energie im ersten Halbjahr 1931:

a) Energieerzeugung:	Bezirkskraftwerke					
	lokale E.-W.	andere E.-W.	Insgesamt	% d. Erz.	% d. Erz.	% d. Erz.
Monat	kwh v. 1930	kwh v. 1930	kwh v. 1930	% d. Erz.	% d. Erz.	% d. Erz.
Januar	67,7	99,8	87,2	99,1	2,8	135,3
Februar	52,6	89,0	32,0	98,0	2,2	130,0
März	57,5	93,6	34,8	107,0	2,3	115,0
April	52,7	94,8	29,0	99,3	2,0	108,0
Mai	52,1	98,8	28,2	98,4	2,1	105,0
Juni	51,1	94,6	27,4	100,1	2,1	100,0

Aus der Zusammenstellung ist ersichtlich, daß die Erzeugung von elektrischem Strom vom März dieses Jahres ab mengenmäßig abnimmt, während sich das prozentuale Verhältnis zum ersten Halbjahr 1930 gleichzeitig erhöht hat.

b) Stromabsatz:

Monat	Bezirkskraftwerke		lokale E.-W.		andere E.-W.		Insgesamt
	kwh	% 1930	kwh	% 1930	kwh	% 1930	
Januar	49,6	102,0	38,5	105,4	3,2	110,3	91,8
Februar							